

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 40. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1


Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

Erscheint monatlich

Nr. 5 2005

Nein zum

Basel-Stadt:
SD-Liste 9

Démocrate  Suisse
Pages 13-15

Schengener Kolonialvertrag!



Bernhard Hess,
Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern

Am 5. Juni stimmen wir über den Schengen-Beitritt der Schweiz ab. Schengen geht über die normalen Bilateralen Verträge hinaus und ist die entscheidende Weichenstellung in die EU. Wenn die Schweiz zu Schengen/Dublin JA sagt, bedeutet dies, dass das attraktivste Land Europas die Grenzkontrollen abschafft – mit gravierenden Folgen: Mehr Kriminaltouristen, mehr Illegale, mehr Schwarzarbeiter und mehr Arbeitslose.

Sagt die Schweiz Ja zu Schengen/Dublin, muss unser Land nicht nur die Grenzkontrollen abschaffen, sondern verliert im Sicherheitsbereich,

POSTCODE 1
AZB 5332 Rekingen

beim Waffenrecht oder Asylrecht die Selbstbestimmung. In diesen Bereichen wäre die Schweiz dann dem EU-/Schengen-Recht und -Folgerecht unterstellt, welches von Brüssel diktiert und weiterentwickelt wird. Noch nie seit Bestehen des Bundesstaates hat die Schweiz einen Vertrag unterschrieben, der einen derartigen Souveränitätsverlust zur Folge hat, wie dies mit Schengen/Dublin der Fall wäre.

Schengen bringt Unsicherheit

Es gibt kein Land im Schengen-Raum, das mit dem Beitritt zu Schengen sicherer geworden wäre. In allen Schengen-Ländern ist die Kriminalitätsrate höher als in der Schweiz. Das beweist: Es gibt nichts, was die Effizienz und abschreckende Wirkung von Grenzkontrollen ersetzen könnte. Mit Schengen werden Verbrecher und Illegale erst ins Land gelassen, um sie danach wie «Stecknadeln im Heuhaufen» zu suchen. Kilometer lange Staus auf der Autobahn und ständige Kontrollen unbescholtener Bürger wären die Folgen der so genannten «Schleierfahndung». Es ist auch nicht ersichtlich, warum die Schweiz wegen dem Zugang zum Schengen-Informationssystem ihre Grenzen öffnen, 500 Seiten EU-Recht übernehmen und dem Schengen-Raum beitreten soll. Vollen Zugang zum SIS bekommen wir auch durch einen punktuellen Polizeivertrag mit der EU.

EU löst unsere Asylprobleme nicht

Mit Dublin sollen alle Asylbewerber, die in einem anderen EU-Land bereits registriert wurden, angeblich von der Schweiz dorthin zurück geschickt werden können. Gleichzeitig fallen aber die Grenzkontrollen weg. Die kleine Menge aufgegriffener Asylbewerber, die tatsächlich an ein EU-Land zurück geschoben werden könnte, würde mit Schengen/Dublin um ein Vielfaches von denen überschattet, die wegen den offenen Grenzen direkt und illegal in die Schweiz einwandern. Hinzu kommen jene, welche nicht zurückgeschickt werden können, weil das Land, in dem sie den ersten Antrag gestellt haben, sie gar nicht erfasst hat. Die Schweiz muss ihr Asylproblem selber lösen. Das wird sicher nicht die EU tun.

Die Touristen kommen nicht wegen der Grenzen

Für den Tourismus spielen Grenzkontrollen keine Rolle. Die Schweiz

Hervorragende SD-Leistung

Liebe Gesinnungsfreunde

Soeben hat uns die Bundeskanzlei mitgeteilt, dass das Referendum gegen die Ost-Personenfreizügigkeit mit 92'901 gültigen Unterschriften glanzvoll zustande gekommen ist. Die SD und ihre Verbündeten haben dazu über 80'000 Signaturen beige-steuert. Der Rest geht auf das Konto zweier linker Gruppierungen, welche vor allem in der Romandie gesammelt haben. An dieser Stelle möchten wir es nicht unterlassen, sämtlichen Sammlerinnen und Sammlern für ihren grossen Einsatz ganz herzlich zu danken. Wir sind überzeugt, diese schicksalhafte Abstimmung am 25. September gewinnen zu können.

Vorerst gilt es jedoch, den Schengen-Abstimmungskampf ebenfalls zu gewinnen. Die SD bieten deshalb diese Ausgabe des «Schweizer Demokrat» in einer Grosseauflage an. Mit dem Talon auf der letzten Seite 16 können Sie weitere Exemplare sowie Aufkleber und Plakate direkt beziehen oder mit dem beiliegenden Einzahlungsschein eine Sonder-spende gegen den Schengen-Beitritt entrichten. Vielen herzlichen Dank.

Zentralpräsident Rudolf Keller, e. Nationalrat, Landrat, Frenkendorf
Zentralsekretär Bernhard Hess, Nationalrat, Chefredaktor, Bern

Dieser Zeitungsausgabe liegt ein Einzahlungsschein bei. Der Kampf wird hart – und wir sind um jeden Franken froh.

Herzlichen Dank für Ihre Spende!

ist heute, mit kontrollierten Grenzen, immer noch eines der attraktivsten Reiseziele der Welt. Die Touristen kommen wegen der unvergleichlichen Landschaft, Sauberkeit und Sicherheit zu uns. Wenn in der Schweiz erst mal die Taschen- oder Autodiebstähle, Einbrüche und Überfälle zunehmen und sich die Touristen hier nicht mehr sicher fühlen, dann schmelzen die Touristenzahlen wie Schnee in der Frühlingssonne.

Ein Zeichen gegen den EU-Beitritt setzen

Wenn das Schweizer Volk am 5. Juni hingegen NEIN zu Schengen/Dublin sagt, dann bleiben unsere Landesgrenzen kontrolliert und die Schweiz bleibt souverän. Damit wäre auch der EU-Beitritt, wie ihn der Bundesrat nach wie vor anstrebt, für Jahre vom Tisch.

Inhalt

- 2 Zuvielstandsgesetz
- 3 Das Spiel mit der Terror-Angst
- 7 Entschluss löst Lawine aus
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Abometer

358

neue Abonnenten seit 01. 01. 2005

Stand: 27. 04. 2005

Ziel: 1000 neue Abos im 2005

Eidgenössische Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz vom 5. Juni 2005

«Zuvielstandsgesetz» setzt falsche Prioritäten

Das Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare setzt falsche Prioritäten, ist unfair gegenüber anderen Lebensgemeinschaften und führt zu einem unverhältnismässig grossen Aufwand für Wenige. Die traditionelle Ehe gehört zum Fundament unseres Staates, da nur sie die Weitergabe des Lebens an die nächste Generation sicherstellt.

Das Gesetz regelt keine Liebesbeziehungen. Auch in der Ehe nicht. Das Gesetz betont und schützt ganz praktisch und unromantisch die herausragende Rolle der traditionellen Ehe bei der Weitergabe des Lebens an die nächste Generation und deren Erziehung. Am 5. Juni mit der Institutionalisierung weiterer beliebiger Lebensformen zu beginnen, ist ein völlig falsches Signal. Gefühle sind Privatsache und sollen dies auch bleiben. Die Zeiten sind vorbei, als Menschen gleichen Geschlechts, die zusammen durchs Leben gehen

wollten, ausgegrenzt wurden. Heute ist diese Lebensform weitgehend akzeptiert, diese Menschen sind integriert und geniessen den vollen Schutz der Bundesverfassung. Es braucht keine teure symbolische Bestätigung dieser Akzeptanz per Gesetz.

Für ernst gemeinte Lebensgemeinschaften ausserhalb der Ehe bietet die geltende Gesetzgebung genügend andere Möglichkeiten der rechtlichen Absicherung. Wo Mängel bestehen, können diese durch spezifische Änderungen bestehender Gesetze behoben werden. Allein der Umstand, dass privatrechtliche und notarielle Regelungen von gleichgeschlechtlichen Paaren kaum in Anspruch genommen werden, spricht Bände.

Das Partnerschaftsgesetz wird zu einem unverhältnismässig grossen Aufwand für sehr Wenige führen. Unzählige Erlasse und Verordnungen müssen dem neuen Gesetz angepasst werden. Überdies werden

gleichgeschlechtliche Partnerschaften leider noch häufiger «geschieden» werden als klassische Ehen zwischen Mann und Frau. Das zeigen Zahlen aus Ländern, welche diese Lösung schon kennen.

Und wie soll man gegenüber anderen Lebensgemeinschaften wie Konkubinatspaaren, Wohngemeinschaften oder zusammenlebenden Geschwistern eine Sonderregelung für gleichgeschlechtliche Paare rechtfertigen? Das Partnerschaftsgesetz behebt nicht eine Diskriminierung, es schafft eine solche erst. Wer am 5. Juni Ja sagt zum Partnerschaftsgesetz, legt in der Überzeugung des Nein-Komitees auch den Grundstein für das Recht auf Kinder für gleichgeschlechtliche Paare. Adoption und künstliche Befruchtung sind zwar in der zur Diskussion stehenden Vorlage (noch) ausgenommen. Es ist indes absehbar, dass diese Forderung aus Schwulen- und Lesbenkreisen wie-

der aufs Tapet kommen wird, sobald das Gesetz angenommen ist. Dass diese Prognose nicht allzu gewagt ist, bestätigt der Blick ins Ausland und in die Homepages der Schwulen- und Lesbenorganisationen. Schliesslich wird mit dem neuen Partnerschaftsgesetz eine zusätzliche Möglichkeit für Ausländer geschaffen, sich bei einer Auflösung der eingetragenen Partnerschaft automatisch das Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu sichern.

Die Nachteile und Ungerechtigkeiten, die das neue Partnerschaftsgesetz schafft, überwiegen allfällige Vorteile bei Weitem. Das Nein-Komitee setzt sich deshalb mit grosser Überzeugung gegen die Vorlage ein. Es ist nicht ein Nein zu Menschen mit gleichgeschlechtlichen Neigungen, aber ein Nein zur unnötigen und ungerechten Sonderbehandlung dieser Lebensweise.

Markus Wäfler,
Nationalrat EDU, Steinmaur

Schengen – Demontage unserer Souveränität

Die Schweiz werde mit Schengen sicherer werden, lügen uns Bundespolitiker mit Unterstützung eines Wirtschaftsverbandes unverfroren vor. Ihr erklärtes Ziel war dabei immer, uns in die EU zu zwingen.

Mit unwahren Behauptungen und enormen Geldmitteln soll nun das Volk gefügig gemacht werden. Die Abmachung der Grenzkontrollen werde unser Land sicherer machen, sagen sie. Die so ziemlich einfältigste Behauptung, die in den letzten Jahren je gemacht wurde, auch wenn sie von willigen (beeinflussten) Chefbeamten wiederholt wird. Dass die dabei nicht rot werden! Zugegeben, bei den heutigen Grenzkontrollen handelt es sich nur um Stichproben. Doch haben diese gezielten Stichproben im Jahr 2003 immerhin zur Rückweisung von über 100'000 unliebsamen Leuten und zur Verhaftung von 34'000 Straftätern geführt. Die hätten wir jetzt alle zusätzlich im Land, mit den bekannten Folgen. Mehr und nicht weniger Kriminalität wäre die sichere Folge dieser absoluten Dummheit!

Warum macht denn die EU den Beitritt zu diesem gelobten Schengen Informationssystem (SIS), von derart einschneidenden Zugeständnissen, einem enormen

Souveränitätsverlust und der Übernahme von fremdem Recht und fremden Richtern abhängig? Weil die Kriminalitätsbekämpfung nur zweitrangig ist, und man damit primär die widerspenstige Schweiz endlich in die undemokratische Brüsseler Diktatur hineinzwingen will. Unser Land wäre gerne bereit, sich mit einem hohen jährlichen Beitrag, weitaus mehr als an den SIS-Kosten zu beteiligen. Warum wollen die das nicht?

Zu Schengen gehört auch die Aushöhung unseres bewahrten freiheitlichen Waffenrechts. Registrierung und Enteignung der Privat-Waffen der anständigen, unbescholtenen Bürger, Schützen und Sammler, würde erzwungen. Davon ausgenommen sind einzig die Kriminellen. Die behalten alle ihre illegalen Waffen. Das Entscheidungsrecht für Visas muss an Brüssel abgegeben werden. Wenn der BRD-Fischer in Deutschland illegal 100'000ende Visas an Schlepper und Kriminelle verteilt, würden wir diese Leute auch hier antreffen. Ausländische Polizisten dürfen auch in der Schweiz fahnden.

90% der Asylsuchenden könnten trotzdem nicht zurückgewiesen werden, da sie ihre Papiere verschwinden lassen. Der Bund müss-

te für ausländische Staaten Steuern eintreiben, ein Umstand, den es zwischen Staaten noch nie gegeben hat. Ade Bankkunden-Geheimnis. Es ist zudem eine böartige Lüge zu behaupten, die EU würde bei einem NEIN alle andern bilateralen Verträge kündigen. Das wäre nie der Fall!

Der Schengen-Vertrag ist nichts anderes als ein sehr gefährlicher

Unterjochungs-Vertrag, mit ganz enormen Nachteilen für unsere bewährte freiheitliche Demokratie. Inszeniert von den bekannten Bundes-EU Turbos (Deiss usw.) und direkten Profiteuren (Wirtschaftsverband mit seinen hochdotierten Managern).

Peter H. Kuhn,
SD Bezirk Dielsdorf

837 Millionen – ein Unsinn!

Offensichtlich sind viele erfreut, erbaut und sogar stolz auf den Rekordgewinn 2004 der Post. Schweizer Demokraten schütteln nur verzweifelt die Köpfe und fragen: «müsste unsere Post nicht möglichst günstige, zuverlässige und für alle Regionen gleichwertige Dienste erbringen?»

Wir fragen noch einmal: Möglichst günstige Dienste für alle Einwohner und vor allem auch für unsere Betriebe? Mit der unsinnigen Politik der Regierungsparteien hat die Post dem Lande und nicht zuletzt den Betrieben 2004 837 Millionen abgestohlen, die den Werkplatz Schweiz nur weiter benachteiligen und Auslagerungen beschleunigen.

Gleichzeitig entstehen aufwendige Parallelbetriebe, die eigentlich gar nicht sein müssten. Postbüros in den Dörfern werden geschlossen und bald schon hören wir wieder, wie ungeschickt Postchef Gygi irgendwo in der Fremde die «erwirtschafteten» Millionen anzulegen versucht.

Ist das der freie und offene Markt (totale Gewinnmaximierung), für den so viele Hirnlose mit Blick auf den 5. Juni und den 25. September 2005 Sturm laufen?

Kantonale Parteileitung,
Schweizer Demokraten,
SD Thurgau

Das Spiel mit der Terror-Angst

Terror ist eine hässliche Entgleisung in der menschlichen Gesellschaft. Er macht Angst und er macht die Menschen unfrei und gefügig für diejenigen, die machtbesessenen die Menschen für ihre eigennützigen Zwecke manipulieren wollen.

Das wissen die Sizilianer (Mafia), die Iren (engl. Besetzer) und die südamerikanischen Völker (europäische Eroberer) seit Jahrhunderten. Mit Terror haben die Bolschewiken die Völker der UdSSR, die Nazis das deutsche Volk manipuliert und die chinesischen Kommunisten halten noch jetzt ihr Riesenvolk unter der Knute.

Terroristische Aktionen werden seit einigen Jahrzehnten aber auch als Kampfmittel gegen andauernde Unterdrückung, gegen Ungerechtigkeit und gegen militärisch übermächtige Gegner eingesetzt. Besonders perfid ist der Einsatz terroristischer Massnahmen in verdeckter Form, das heisst unter Ausnutzung des politischen Gegners, um die Angst vor dem Terror für die eigenen politischen Zwecke lenken zu können.

Eine soeben veröffentlichte wissenschaftliche Studie zeigt, dass z.B. der US-Geheimdienst CIA dieses Mittel in unserm nächsten Umfeld in den vergangenen Jahrzehnten hemmungslos eingesetzt hat. In allen europäischen Staaten – auch den neutralen – soweit sie westlich des legendären «Eisernen Vorhanges» lagen, waren von der CIA Geheimarmeen aufgebaut worden – angeblich um im Falle einer Besetzung durch die Kommunisten den Guerilla-Kampf führen zu können. Aber... in Italien z.B. wurde diese Geheimarmee (Gladio) auch in Friedenszeiten aktiv und organisierte via die Brigade rosse Terroranschläge, um über eine Politik der Spannung Stimmung gegen die Kommunisten zu machen. Damit wurde erfolgreich verhindert, dass die seinerzeit mächtige italienisch-kommunistische Partei jemals zur Regierungsbeteiligung kam.

Die Politik der Spannung wird fortgesetzt

Bei jedem spektakulären Verbrechen ist die Frage zu stellen, wem dieses nützt. Wenn man diese Frage auch beim berühmten Terrorakt vom 11.9.2001 stellt, kommt man zu Antworten, vor denen einem graut.

Die Analyse der Vorgänge jenes Tages lässt erkennen, dass die offizielle

Erklärungs-Version kaum den Tatsachen entspricht. Zahlreiche Fakten weisen darauf hin, dass sicher nicht Osama bin Laden Organisator und seine Al Qaida nicht Ausführungsorgan der Terroraktion gewesen sein kann.

Aber der Vorfall eignete sich hervorragend, um

- in der amerikanischen Bevölkerung Unsicherheit und Angst zu schüren;
- Emotionen gegen die Araber hochzupeitschen;
- die Bereitschaft zur Aufgabe von Freiheitsrechten zu fördern;
- die Kriegsbereitschaft zu erzwingen;
- den Interessen der Kriegs-, Oel- und Pharma-Industrie zu dienen und schliesslich
- jenen Kräften in die Hände zu spielen, die via USA die Weltherrschaft erreichen wollen.

Eine dpa-Meldung von Anfang März 2005 zeigt, wie kontinuierlich die Angst geschürt wird.

Rumsfeld warnt vor Anschlägen Die Terror-Organisation Al-Qaida plant nach den Worten von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld neue Anschläge in den USA. Es gebe eine Reihe von sehr konkreten Erkenntnissen, dass Al-Qaida weitere Angriffe auf die USA plane, sagte der Verteidigungsminister. Es sei eigentlich «nur eine Frage der Zeit, bevor Al-Qaida oder andere Gruppen einen Anschlag mit chemischen, biologischen oder nuklearen Waffen versuchen», sagte CIA-Direktor Porter Gross vor dem Verteidigungsausschuss des US-Senats.

Nach den Manövern um die Begründung für den Irak-Krieg mag sich der geneigte Leser seinen eigenen Reim auf diese xte Warnung machen.

Nicht auszuschliessen ist allerdings, dass nach den vielen Fehlalarmen in den letzten 3 ½ Jahren wegen angeblich drohenden Terror-Anschlägen in den USA – demnächst wieder etwas passieren wird. – Zur Aufrechterhaltung der Spannung! – versteht sich.

Terror-Angst als Kriegsgrund

Es bleibt unvergessen, wie die amerikanische Regierung die Vorgänge um den 11. September sofort «durchschaute» und zum Anlass nahm, einen lange dauernden Krieg gegen alle zu erklären, die sie selbst als zu den Bösen zugehörig erklärte.



Der Terrorakt vom 11. September 2001 wird zum Anlass genommen, weltweit die Freiheitsrechte einzuschränken.

Der Krieg gegen Afghanistan wurde quasi sofort als angebliche Antwort auf den Terror-Anschlag eröffnet. Merkwürdig nur, dass die Vorbereitungen für diesen Krieg lange vorher angelaufen waren, als man noch nichts zu wissen vorgab über die geplanten Terrorangriffe von Osama bin Ladens Al-Qaida.

Dann kam der Krieg gegen den Irak, den die USA mit Argumenten widerrechtlich eröffnete, die sich alle als Täuschungsmanöver der Weltöffentlichkeit erwiesen.

Jetzt wird die Angst vor allfälligen iranischen Atomwaffen geschürt, um einen nächsten Krieg zu rechtfertigen.

Dabei sind die Begründungen makaber, wenn man bedenkt, dass der US-Verbündete Israel und Nachbar des Iran reichlich Atomwaffen besitzt und Sharon auch schon mit deren Anwendung gedroht hat.

Wie gerade jetzt die Vertreibung Syriens aus dem Libanon organisiert wurde, müsste allen kritisch denkenden Menschen Anlass zur grössten Sorge sein, welche Moral hinter der amerikanischen Politik steht. In den jüngsten öffentlich gehaltenen Reden haben George W. Bush und andere Regierungsmitglieder, inkl. der Aussenministerin, eine bedeutungsvolle Veränderung der Kriegsrhetorik vollzogen. Ein neuer «Krieg gegen die Tyrannei» wird lanciert, der die nicht mehr zeitgemässen Kriege gegen den Terror ersetzen soll. Damit sollen also innenpolitische Gründe in einem von den USA ins Visier genommenen Land die Begründung für einen Krieg liefern. Bereits stehen neuestens 10 bis 12 Länder mit dieser Begründung auf der Agenda der Falken in Bushs Regierungsmannschaft. Frappie-

rend ist, dass genau diese Liste mit dem strategischen Ziel der Administration zur globalen Kontrolle über die Energiereserven – dem strategischen Hauptschwerpunkt der Bush-Cheney-Regierung – übereinstimmt. Seinerzeit erklärte General Schwarzkopf vor dem Kongress: «Das Öl des Nahen Ostens ist der Lebensnerv des Westens. Es wird uns auch dann noch mit Treibstoff versorgen, wenn der Rest der Welt bereits auf dem Trockenen sitzt.»

Über allem stehen eben gigantische Wirtschaftsinteressen und der Wille, die Völker dieser Welt zum eigenen Nutzen gängeln zu können.

Sicher zu Recht schrieb der Friedensforscher Wolfgang R. Vogt schon 2002: «Die Politik darf die Ängste vieler Menschen nicht ignorieren und die Belange der Sicherheit nicht vernachlässigen. Ein leichtfertiges Hinnehmen erkannter Sicherheitsdefizite bei der Terrorismus-Bekämpfung wäre ebenso unverantwortlich wie ein alarmistisches und instrumentelles Ausspielen der Sicherheitsbelange auf Kosten der allgemeinen Freiheitsansprüche.»

Der Abbau der Freiheitsrechte geht zügig voran

Die Bush-Regierung hat ihr Volk so Angst-konditioniert, dass massive Freiheitsbeschränkungen fast widerstandslos hingenommen wurden und werden.

Die internationalen Beziehungen werden durch schikanöse Visa-Bestimmungen für die Einreise in die USA laufend mehr belastet.

Das Spiel mit der Terror-Angst

Fortsetzung von Seite 3

England als treuer Vasall der USA hat seine Gesetze so verschärft, dass neuerdings Terror-Verdächtige ohne Anklage und Beweise auf unbestimmte Zeit in einem Hochsicherheitsgefängnis versenkt werden können.

Die EU lanciert einen Europäischen Haftbefehl, der eine unglaubliche Rechtsunsicherheit in den einzelnen Ländern provoziert, und vernachlässigt gröblich den Datenschutz. Man denke etwa an die Fingerabdruckdateien für Asylbewerber, an die Erfassung der biometrischen Daten für die Pässe und Dutzender von höchst intimen Eigenschaften von Reisenden, die in die USA reisen möchten.

Immer mehr Daten werden gesammelt, immer grösser wird der Druck, diese Datensammlungen miteinander zu verknüpfen, um sie nutzbar zu machen. Das Ziel ist offenbar der gläserne Mensch. Orwell lässt grüssen!

Zu Recht befürchtet der eidgenössische Datenschutzbeauftragte Hanspeter Thür, dass der Schutz der persönlichen Daten bei der Terrorbekämpfung ignoriert wird. So verlangen die USA von allen Fluggesellschaften, welche die USA für Ankunft, Transit oder Abflug anfliegen, Zugriff auf sämtliche Passagierdaten wie Sitznummer, Adresse, Telefonnummer, Zahlungsart oder Ess- und Trinkgewohnheiten.

Von den USA-Behörden wird offensichtlich ganz bewusst eine Hysterie gezüchtet, die jederzeit für fragwürdige Zwecke missbraucht werden kann.

Was wäre zu tun?

Die Politiker des «Westens», des sog. Alten Europas, müssten alle ihnen möglichen Anstrengungen unternehmen, um kriegerische Handlungen statt diplomatischer Anstrengungen zu ächten. Die von den Geheimdiensten geschaffenen Lügengespinste – von der Pearl-Harbor-Story über den JFK-Mord bis zum 11. September 2001 – sind entschlossen zu zerreißen.

Es ist zu fordern, dass überall aus der Gewaltspirale ausgestiegen wird, die so unendlich viel Leid verursacht und eine sinnlose Vergeudung materieller und menschlicher Werte beinhaltet. Der Arroganz der überlegenen Militärmächte ist energisch entgegenzutreten und es dürfen die angerichteten Schäden keinesfalls zu Lasten der Betroffenen und frie-

denswilliger Völker repariert werden.

Welche Rolle spielt der israelisch-palästinensische Konflikt?

Nicht zu Unrecht bezeichnet Prof. Dr. Udo Steinbach den Israel-Palästina-Konflikt als eine Triebfeder des islamischen Terrorismus. Noch in diesen Wochen geht der Terror der israelischen Armee im Auftrag von Premier Ariel Sharon gegen die palästinensische Bevölkerung weiter. Israel kümmert sich um keine UNO-Resolution, hat ein umfangreiches Atomwaffenarsenal, mit dem es Kritiker bedroht, und setzt sich über sämtliche internationale Abkommen zum Schutze der Bevölkerung hinweg. In den Medien wird allerdings immer nur von palästinensischen Selbstmord-Attentätern umfassend berichtet, während die menschenverachtenden Aktionen der Israeli eher wohlwollend als Vergeltungsschläge charakterisiert werden. Speziell traurig die Tatsache, dass dieser Staatsterrorismus durch die USA (die doch angeblich überall Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit bringen will) seit Jahren gedeckt wird. Friedenswillige Kräfte, die es auf beiden Seiten gibt, werden dagegen von der Weltöffentlichkeit weitgehend im Stich gelassen. Die stille Wut und der verzweifelte Hass der arabischen Welt ist unter diesen Vorzeichen doch wohl zu verstehen, wenn auch niemals zu billigen.

Sind wenigstens die Aussichten gut?

Leider nein! Aus zwei Gründen. Zur Zeit werden in den USA die Mikrochips zur Einpflanzung unter die Haut lanciert. Dadurch soll eine externe Kontrolle über die Gedanken und die Gefühle der Menschen erreicht werden. Mit Hilfe externer Signale und pulsierender Frequenzen soll der Mensch aggressiv oder gefügig gemacht werden, sexuell empfänglich oder sexuell abweisend, der Intellekt, d.h. das Denken unterdrückt werden können. Das Ziel ist es offenbar, menschliche Roboter, die zentral gesteuert werden können, zu schaffen.

Die Hersteller der sogenannten VeriChip setzen als Verkaufsargument auf die weiter bestehende und andauernd geschürte Angst vor Terror-Anschlägen, da diese z.B. bei Entführungen die Opfer lokalisierbar machen sollen. Der ADS-Firmenchef Richard Sullivan machte bereits den Vorschlag, dass

zur besseren Überwachung aller Ausländer jedem Einreisenden ein VeriChip unter die Haut gespritzt werden solle, mit dem er dann jederzeit lokalisierbar wäre. Dass damit die Freiheit und Würde des Menschen schwerstens beeinträchtigt würde, braucht kaum speziell erwähnt zu werden.

Mit dem Versprechen, dass sich der Mensch dann sicherer fühlen könne, wird also die Voraussetzung der Manipulierbarkeit ganzer Völker weiter vorangetrieben. Vielsagend die Tatsache, dass Präsident G.W. Bush einen notorischen Kriegshetzer – John Bolton – zum neuen US-Botschafter bei den Vereinten Nationen ernannt hat. Dieser John Bolton hat als Staatssekretär für Rüstungskontrollfragen die Ver-

handlungen zur Stärkung der Bio-waffenkonvention torpediert. Im Atomstreit mit dem Iran lehnt er den europäischen Gesprächsansatz vehement ab (begreiflich: er will ja Krieg!). Er war der Verantwortliche für die Kampagne gegen den Internationalen Strafgerichtshof. Die UNO ist für ihn ein Debattierklub, der sich bestenfalls für die US-Interessen einspannen lässt, sonst aber links liegen gelassen wird. Die Entsendung dieses Mannes durch Präsident Bush muss als Affront gegen alle Bemühungen zu Gunsten des Weltfriedens verstanden werden.

Die Zeichen stehen also auf Sturm – wir können nur beten!

Hans Spitz, Köniz

Die «Helvetier» spinnen

Die Komitees für die Bilateralen schreiben in ihren Werbesprüchen: man trete ein für die «Fortsetzung des souveränen bilateralen Weges der Schweiz und befürworte die Bilateralen II und die Personenfreizügigkeit... «Ja wo um Himmels Willen bleibt denn da die angebliche «Souveränität»? Da müssten SP, CVP, FDP, Grüne, Ge-

werbe, Gewerkschaften und Handelskammern dem Bürger doch klare Hinweise geben können! Im Lexikon steht Souveränität bedeutet «die von aussen nicht eingeschränkte Herrschaft (des Volkes) auf dem eigenen Staatsgebiet.» Geht es aber am 5. Juni und 25. September nicht vielmehr um deren Total-Abbau auf Null? ws

Die «Helvetier» spinnen

«Schengen» sei doch wunderbar, meinen Öffner, der EU-Computer löse alle Asylprobleme. Aber Wissende mahnen fragend: Warum gibt es so viele Asylanten aus Afrika und Asien, die nicht im Computer sind, aber mitten in unserem Lande? Ihre Namen sind nicht im EU-Computer, auch nicht ihre Fingerabdrücke... Ihre Namen sind für Europäer schwer verständlich, oft extra falsch angegeben oder betont. Es gibt für EU-Beamte keine Vorlage, wo sie Name und Vorname der Eindringlinge ablesen und dann eintippen können. Zudem

müsste ja immer auch der entsprechende Übersetzer zur Stelle sein. So lässt man oft den Eintrag Eintrag sein und leitet ganze Gruppen von Asylanten weiter an die Schweizer Grenze! Wir müssten also viele Eintragungen in diesen wundervollen Computer selber vornehmen und wären dann auch zuständig für das Asylverfahren und allfällige Rückschaffungen – selbstverständlich auf unsere Kosten, Computer hin oder her. Die EU-Aussenstaaten könnten so Personal, Aufwand und Kosten sparen... ws

Die «Helvetier» spinnen

Viele Schützen an der Basis machen sich grosse Sorgen, viele trauen ihrer Verbandsspitze überhaupt nicht, viele fühlen sich verraten, schlecht vertreten, ja sogar hintergangen. Besonders schlechte Gefühle kommen vor allem von den Erfahrungen der deutschen Schützen und Schützenvereine.

Immer einschneidendere Massnahmen wurden dort im Rahmen der EU durchgezogen. Die praktizierte Bürokratie und Bevormundung übertrifft heute die schlimmsten Befürchtungen und genau soweit sollte es doch in unserem Lande niemals kommen dürfen!

ws

Anzeige



Eine Edition in roter Taftseide gebunden, mit Goldprägung
 Ulrich Konrad, Der Bürgersturm, Fr. 34.00
 188 Seiten
 ISBN 3-95230225-0-3 Schutz & Schild
 (Bei jeder Buchhandlung und Kiosk),
 Fax: 055/ 617 38 41,
 E-Mail: verlag@schutzundschild.ch

Freiheitskampf der Schweiz nach über 700 Jahren Selbständigkeit: Jetzt!

Der Bürgersturm ist ein Protest gegen die seit Jahren politisch feindliche Haltung von Politikern und Bürgern in der Schweiz. Einzelne Kreise versuchen mit allen Mitteln, die Schweiz in die Europäische Union zu treiben, obwohl der Souverän zweimal mit grosser Mehrheit die bundesrätliche Vorlage abgelehnt hat. Mit Verhandlungen in Brüssel wird geprüft, auf welche Weise die Schweiz in die EU-Falle zu treiben wäre. Zuerst war der EWR, dann der Beitritt in die EU und die Bilateralen I und nun die Bilateralen II.

* * *

Diese Geschehnisse veranlassten den Autor, sie in ein aktuelles Bühnenstück umzusetzen. Dabei ist festzustellen, dass die Umstände und Fakten praktisch die gleichen geblieben sind, wie vor siebenhundert Jahren, als die Eidgenossen sich mit ihrem Freiheitskampf von den habsburgischen Vögten loslösten.

* * *

In diesem rund vierstündigen Bühnenstück werden authentische Texte und Kommentare vieler Politiker, Bundesräte und Wirtschaftsfachleute wiedergegeben, die den Zuschauer nachdenklich stimmen sollen. Nun muss er entscheiden, wie er durch sein Verhalten die Schweiz in den nächsten Jahrzehnten mitgestalten kann.

* * *

Der Bürgersturm ist dem Geiste der Schweiz nach ein friedliches Umsetzen der Politik. Was anfänglich durch heftige Attacken von Bürgern und Politikern als Sturm erscheint, endet ohne Blutvergiessen, weil eine bürgerliche Partei einen seit Jahrhunderten erfolgreichen Weg dem Volk aufgezeigt hat. Das Werk ist ein wichtiges Dokument für alle, die die Schweiz lieben und sie erhalten möchten.



Bestellcoupon

Ich bestelle gegen Rechnung

..... Ex. Konrad, Ulrich: Der Bürgersturm zu Fr. 34.00 plus Porto
 Das Buch kann auch bei jeder Buchhandlung bestellt oder bezogen werden.

An
 Schutz & Schild Verlag
 Postfach
 8866 Ziegelbrücke

Absender:

 Name

 Vorname

 Strasse/Nr.

 Postleitzahl/Ort

 Datum und Unterschrift

Bestellcoupon ausfüllen und per Post oder Fax an: 055/617 38 41

Scharf beobachtet

Die monatliche Kolumne von e. Nationalrat Valentin J. Oehen

Politische Inhalte mit falschen Zeitungstiteln vernebeln!



Valentin J. Oehen-Christen, e. Nationalrat, Köniz

Die SD haben langjährige Erfahrungen, mit welcher Bosheit die gegnerische Presse politische Inhalte durch das Setzen unrichtiger Titel ausblenden kann.

Beim jüngsten, extrem schwerwiegenden Fall betraf es einmal unsere politische Konkurrenz. Der Fall ist aber so illustrativ, dass es sich lohnt, ihn hier darzustellen.

Es geht um das Rüstungsprogramm 2005, gegen das auch unser Nationalrat Bernhard Hess ankämpfte, da vorerst mit den Minenräumpanzern und dann noch mit Grossraum-Transportflugzeugen Zeichen gesetzt werden sollten, dass unsere Armee ihren ursprünglichen Auftrag der Landesverteidigung nur noch nebenbei zu erfüllen hat. So nach dem Ogi-Rezept – wenn wir nicht zu den Krisenherden gehen, kommen die Krisen zu uns – sollen wir gewissen Grossmächten in ihrer imperialen Strategie Handlangerdienste leisten, ganz unbekümmert darum, wer die Krisen ausgelöst hat. Hier also der «Film»:

«SVP und SP gegen Schmid» titelte «Der Bund», als der Nationalrat das Rüstungsprogramm 2005 abstürzen liess.

Die «Berner Zeitung» sprach von «Samuel Schmid's Waterloo».

«Einen SVP-Bundesrat Schmid gibt es nicht mehr!», verkündete die «NZZ am Sonntag».

Solche Deklamationen sind irreführend, ja lächerlich. Sie dienen nur und ausschliesslich dazu, das wahre politische Problem aus dem Bewusstsein der Leser zu verdrängen. Tatsache und wichtig ist, dass sich die Mehrheit der SVP-Fraktion des Nationalrates erstmals wie mündige Bürger benahm und sich nicht mehr durch «ihren» Bundesrat gängeln liess.

Erinnern wir uns – das Volk hat der Armee XXI und den Auslandseinsätzen zugestimmt, nachdem mit einem Trommelfeuer von Beschönigungen und Lügen die Gegner mundtot gemacht worden waren. Kritischen Fachpersonen aus der militärischen Hierarchie wurden persönliche Stellungnahmen verboten. Die «Institution Armee» wurde schamlos für die Propaganda missbraucht. Inzwischen ist wohl dem letzten Bürger-Soldaten klar geworden, dass die Armee entgegen allen Versprechungen zum Einsatz-Modul der NATO-Armee im Rahmen der PfP zu verkommen droht. Damit aber werden de facto die Neutralität und die Wehrhaftigkeit der Schweiz geopfert.

Das «schweizerische» im Parteinamen der SVP droht damit ebenso zur Farce zu werden wie es das «christlich» im Namen der CVP geworden ist.

Wenn in dieser Situation eine Mehrheit der SVP-Parlamentarier beim Nein zum Kauf von Grossraum-Transportern für die Armee geblieben ist, so ehrt das ihre – für einmal – klare Haltung. Dass sie sich damit nolens-volens mit den linken Armeeabschaffern im gleichen Boot befanden, war und ist kein Grund, die eigene Haltung zu verraten.

Ein korrekter Titel zur Berichterstattung über den erstmaligen Vorgang, dass sich die Mehrheit der SVP-Fraktion aus der geistigen Achtungsstellung vor «ihrem» Bundesrat gelöst hat, müsste z.B. lauten:

– Die SVP steht zu ihren Idealen! oder
– Die SVP-Fraktion im Nationalrat politisiert konsequent!

Vielleicht wird sich diese Partei jetzt bewusst, dass sie sich mit der erreichten politischen Stärke nicht länger von den bürgerlichen Internationalisten aus FdP und CVP missbrauchen lassen muss.

Das wäre mehr wert als ein zeitgerechtes Rüstungsprogramm 2005 und müsste auch dem politischen Kampf der SD zu Gute kommen.

www.schweizerdemokraten.ch

Freudentag für die SD: Referendum steht



Die Schweizer Demokraten (SD) und ihre Verbündeten konnten am 29. März 2005 über 80'000 Referendumsunterschriften gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten einreichen. Von links nach rechts: Rudolf Keller, e. Nationalrat/Landrat, SD-Zentralpräsident; Luzi Stamm, Nationalrat SVP; Bernhard Hess, Nationalrat SD, SD-Zentralsekretär; Oskar Freysinger, Nationalrat SVP; Giuliano Bignasca, e. Nationalrat Lega, Präsident Lega dei Ticinesi.



Schweizer Demokraten unterstützen Schweizer Demokraten
Anzeige

COIFFEUR SHINE HAIR

Neueröffnung

Karin Stauffer

Bernstrasse 102
3255 Rapperswil
Tel.: 031/ 879 02 82

Öffnungszeiten:
Di - Fr 8.00 - 12.00
13.30 - 18.30
Sa 8.00 - 14.00


Schweizer Demokraten

Ein Entschluss löst eine Lawine aus



Hans Steffen,
e. Nationalrat
(SD/ZH),
Fischenthal

Wer erinnert sich nicht an die Foto, welche am Freitag, 15. April 2005 die Frontseiten der Zeitungen zierte? Der Text darunter lautete: «Vier Bundesräte werben für ein Ja zu den Schengen/Dublin-Abkommen, die am 5. Juni dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.» Neben den Bundesräten Calmy-Rey, Deiss und Merz sitzt Christoph Blocher am rechten Flügel und wird mit den Worten zitiert, Schengen verbessere die Sicherheit und Dublin entlaste das Asylwesen. Sollte das Volk diesen Abkommen zustimmen, verdanken Bundesrat und EU-Befürworter das Resultat und damit ihren Erfolg Christoph Blocher und seiner geänderten Haltung.

Ein folgenschwerer Entschluss

Der Entscheid, sich als Bundesratskandidat zur Verfügung zu stellen, lag letztlich in der alleinigen Kompetenz von Christoph Blocher. Damit löste er allerdings einen voraussehbaren Prozess aus, der für die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS), die Zürcher SVP, die Schweizer SVP und für die Eidgenossenschaft schwerwiegende Folgen zeitigt und möglicherweise in Zukunft noch zeitigen wird.

Die Bundesversammlung

Nach einer Lagebeurteilung der Parteispitzen im Parlament und ihrer Hintermänner hat Christoph Blochers Kandidatur vermutlich drei verschiedene Reaktionen ausgelöst. Zum einen werden sich die Netten der eigenen Partei und Gesinnungsfreunde aus anderen Parteien fröhlich für eine Unterstützung entschieden haben. Zum anderen dürften sich die unerbittlichen Gegner Blochers und der SVP für ein NEIN entschieden haben. Die klugen Köpfe aus allen Reihen unterstützten seine Wahl. Es dürfte diese Gruppe gewesen sein, die durch intensives Lobbying genügend Parlamentarierstimmen zusammentrommeln konnten, um

die Wahl des «umstrittenen» Kandidaten zu ermöglichen. Sie wussten, dass sie als Befürworter eines EU-Beitritts und als gehässige Gegner der politisch erfolgreichen SVP mit diesem «Schlag gleich vier Fliegen» treffen konnten.

Die schmerzlichen Folgen

Mit der Wahl von Christoph Blocher verloren die AUNS und ihre 40'000 Mitglieder den kämpferischen, intelligenten Präsidenten, welcher diese Volksbewegung seit 1986 dominant geführt und wohl auch finanziell unterstützt hatte. Von 1977 bis 2003 bekleidete er das Amt eines Präsidenten der SVP des Kantons Zürich. Der Erfolg unter seiner Regie lässt sich sehen: Seit 2003 stellt die SVP 61 Mitglieder im 180-köpfigen Kantonsrat und ist damit stärkste Fraktion geworden. Bis vor kurzem sasssen zwei Vertreter der SVP in der 7-köpfigen Zürcher Kantonsregierung. Mit dem Abgang von Christoph Blocher nahmen parteiinterne Querelen zu, die schliesslich zum vorzeitigen Rücktritt von SVP-Regierungsrat Christian Huber führten und zum Verlust des SVP-Sitzes an einen Vertreter der CVP. Von 1979 bis 2003 sass Christoph Blocher im Nationalrat. Zudem galt er als inoffizieller Präsident der SVP Schweiz, da er durch sein Vermögen, seinen politischen Erfolg und seinen Bekanntheitsgrad über grossen Einfluss verfügte. Jetzt muss Bundesrat Blocher Positionen vor seiner Partei und vor der Öffentlichkeit vertreten, die er noch vor kurzem vehement bekämpft hatte. Dies bewirkt ohne Zweifel Verwirrung in den eigenen Parteireihen und auch im Flugsand der SVP-Wählerschaft. Nicht zu beneiden sind insbesondere seine ehemaligen Ratskollegen und Kampfgefährten Maurer, Fehr, Schläpfer und andere, die den Kampf gegen Schengen/Dublin anführen.

Après Schengen le déluge?

Bundesrat Christoph Blocher befindet sich jetzt im Boot des Bundesrates. Leider hat er es unterlassen, seinen Kollegen klar zu machen, dass er bezüglich Schengen/Dublin einzig an der Pressekonferenz nach dem Parlamentsbeschluss die Position des Bundesrates vertreten werde. Später würde er auf jeglichen öffentlichen Kommentar verzichten. Diese Massnahme hätte Schlimmeres verhüten können.

Sicher werden die vereinigten Regierungstreuen Medien den Massenmenschen im Lande einhämmern, neben dem Bundesrat, der Parlamentsmehrheit, den Kantonsregierungen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Hoteliers, den Oberzöllnern und Oberpolizisten setze sich auch Bundesrat Blocher – der frühere Neinsager der SVP – für die Annahme der Schengen/Dublin-Vorlage ein. Die Reaktion vieler unselbständig Denkender wird dann wohl sein: «Wenn sogar Christoph Blocher für ein JA eintritt, kann ich ruhig auch mit JA stimmen.»

David gegen Goliath

Dieser Kampf steht bevor. Die oben

beschriebene Haltung von Christoph Blocher schwächt ohne Zweifel die Position der Schengen-Gegner erheblich. David mit 3 Millionen gegen Goliath mit 30 Millionen Werbebudget! Der Zweikampf, wie er im Alten Testament eindrücklich beschrieben ist, endete unerwartet mit dem Sieg des Hirtenknaben gegen den Waffenriesen. Was waren Davids Vorzüge? Er kämpfte ohne das Schwert der Hinterlist und ohne den Panzer der Lüge, sondern handelte mit Klugheit, Mut, Vertrauen und Härte. Wenn es den Schengen-Gegnern mit diesen Eigenschaften gelingt, die Mobilmachung der Redlichen im Lande durchzuführen, besteht Hoffnung auf ein NEIN des Volkes zu Schengen/Dublin.

Echo auf SD 3/4 2005

«Gute Amerikaner, böse Amerikaner»

Wie kann ein intelligenter Politiker, wie es Dr. Dragan Najman sicher ist, nur so über die Rolle der US-Amerikaner urteilen?!

Doch zuerst, damit wir uns gut verstehen: Sicher gibt es in der amerikanischen Bevölkerung viele gute Menschen – wie übrigens überall. Die Frage ist immer nur, wer das Sagen hat. Schlimm ist, dass die Mehrheit eine so kriegslüsterne, machtbesessene Clique an die Macht gebracht hat, wie es die Neokonsis mit den Bushs an der Spitze sind.

Weil amerikanische Soldaten im letzten Jahrhundert zweimal ihr Leben auf europäischen und fernöstlichen Schlachtfeldern zu Markte getragen haben, kann man nicht jetzt und dauernd die Augen vor aktuellen Verbrechen verschliessen.

Auch nicht vor den Verbrechen der Amerikaner in und vor den Weltkriegen und später. Stichworte: Unterstützung der Nazi-Wirtschaft; im Stich lassen der verfolgten Juden; Dresden; Nagasaki; Hiroshima, Vietnam, usw.

Angesichts ihres Artikels – Herr Dr. Najman – will ich in weiteren Stichworten andeuten, was ich den Amerikanern heute alles «zu Gute» halte.

– In Jalta hat Roosevelt der kommunistischen Bestie halb Europa zum Frasse vorgeworfen;
– Viele Diktatoren wurden und

werden von den Geheimdiensten gestützt – vorausgesetzt und solange sie diesen in ihren Machtspielen dienlich sind;

– Die Kriege im Balkan, in Afghanistan, im Golf und z.T. in Afrika gehen letztlich auf das Konto der USA;

– Die bedenkliche Rolle Israels im Nahen Osten ist nur durch seine Vasallenrolle in der US-Machtpolitik zu verstehen;

– Bush sabotiert weitgehend

o Die atomare Abrüstung (allein in Deutschland lagern über 400 Atomgeschosse in amerikanischen Stützpunkten!)

o Eine wirksame Umweltpolitik (O-Ton Bush: Uns hat niemand vorzuschreiben, wie wir zu leben haben!)

o Den Aufbau einer wirklichen Weltgemeinschaft auf der Basis der Gleichberechtigung aller Völker; usw. usf.

In Amerika selbst besteht akuter Klärungsbedarf zu den Themen:

– Auslösung des pazifischen Krieges mit dem provozierten Angriff der Japaner auf Pearl Harbor;

– Mord an J.F. Kennedy

– Die Vorgänge um den 11. September 2001; usw. usf.

Und wenn man jetzt erfährt, dass G.W. Bush für den Juni 2005 bereits die Bombardierung iranischer Ziele angeordnet hat – ganz unbekümmert um die Resultate der

Fortsetzung Seite 12



Kanton Aargau



Verfassungswidriges Wahlgesetz stoppt Schweizer Demokraten








Am 27. Februar 2005 fanden im Kanton Aargau die Grossratswahlen statt. Die SD haben leider alle vier Sitze verloren. Zum ersten Mal seit 1985 sind wir nicht mehr im kantonalen Parlament vertreten; zuvor schon hatten wir von 1975 bis 1981 (zusammen mit den Republikanern) noch 10 Sitze.

Hauptschuld tragen zwei Faktoren. Zum einen wurde (auf eine Initiative der FDP, welche alle anderen Parteien bekämpft hatten) das Kantonsparlament von 200 auf 140 Grossräte verkleinert. Zum anderen wurden die Wahlen nach einem System durchgeführt, welches vom Bundesgericht als verfassungswidrig angesehen worden ist. Hier kurz die Vorgeschichte des neuen Wahlgesetzes: Wegen der Verkleinerung des Grossen Rates musste ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet werden. In der vorbereitenden Kommission, in welcher der Schreibende Einsitz hatte, wurden verschiedene Modelle diskutiert. Im Vordergrund standen lange Zeit das Modell Wahlkreisverbände und der «Doppelte Puckelsheim». Grund dafür war, dass beim bisherigen System einzelne Bezirke viel zu kleine Wahlkreise bilden würden, d.h. bei vier von total 11 Bezirken hätte man 10 bis 14,25 Prozent (Bezirk Laufenburg mit nur noch 6 Sitzen) für einen Sitz benötigt; in zwei weiteren fast 10 Prozent. Es sei hier erwähnt, dass die drei bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP alles daran setzten, um die kleinen Parteien möglichst aus dem Parlament zu werfen. Nur die SP als

Fortsetzung Seite 9

Anzeigen

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Aargau West	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
	Fricktal	Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Köniz	Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz
	Sektion Berner Oberland	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil
	Stadt St. Gallen	Stamm am 25. Mai 2005 ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen an der Rorschacherstr. 109 in St. Gallen; Thema: «Die Fremdenlegion», Vortrag von Peter Eggenberger.
 ZH	Sektion Bülach	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)
	Stadt Zürich	Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

PAX
VERSICHERUNGEN
ASSURANCES
ASSICURAZIONI

**Ihre berufliche und private
Sicherheit und Vorsorge
sind unser Anliegen
– heute und morgen**

Verlangen Sie INFOS und eine
Offerte bei: Tel./Fax 044 946 36 37

Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–
Sie können uns Ihre Unterlagen
auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

**Erneut ist eine anonyme Spende von
500 Franken bei uns eingetroffen.
Rudolf Keller und Hans Steffen
danken F. M. herzlich.**

Fortsetzung von Seite 8

vierte grosse Partei stand in verdankenswerter Weise fast durchs Band weg hinter den kleinen Parteien. Vor allem die SVP war beim Versuch, die kleinen Parteien zu «killen», zuvorderst mit dabei. Aber auch die FDP als Initiatorin der Verkleinerung des Grossen Rates spielte eine trübe Rolle. Hier ein Beispiel: Bei der Beratung des Systems «Doppelter Puckelsheim» hatte die SVP als Sperrklausel gegen eine zu starke Verzettelung des Parlaments in der Kommission zuerst 5% in je sechs Bezirken verlangt (!) und schliesslich wurden 5% in je drei Bezirken beschlossen. Der Schreibende erwähnte, dass man im Kanton Zürich, der dieses System vor 2 Jahren beschlossen hat und welches dort erstmals 2007 angewendet werden wird, als Sperrklausel lediglich 5% in nur einem Bezirk erreichen muss und dass in der Schlussabstimmung sogar nur 3% in einem Bezirk zur Diskussion gestanden habe. FDP-Grossrat Daniel Heller, welcher der führende Kopf bei der Verkleinerungs-Initiative gewesen war, erklärte hierauf wörtlich (nachzulesen im Protokoll der Kommission): «Im Kanton Zürich wollte man mit dem 'Doppelten Puckelsheim' die kleinen Parteien stärken. Gerade das wollen wir eben nicht.» Diese Worte sagen wohl alles. Aber es sollte noch schlimmer kommen. Plötzlich kam die SVP mit der Idee, das System «Bezirke pur» einzuführen, also gerade das System, das man wegen der zu kleinen Bezirke verhindern wollte. Obschon sowohl die Regierung als auch alle anderen Parteien davor gewarnt hatten, dass dieses System vom Bundesgericht als verfassungswidrig erklärt werden könnte, wurde dieses System beschlossen. Zur SVP gesellte sich in der Schlussabstimmung im Parlament die CVP, die dabei eine ganz trübe Rolle spielte. Ihr Sprecher erklärte, dass das System «Puckelsheim» zwar bei weitem das gerechteste wäre, aber aus wahltaktischen Überlegungen sei die CVP für das erwiesenermassen schlechteste nämlich «Bezirke pur». Die fünf kleinen Parteien EVP, Grüne, SD, FP, EDU hatten hierauf eine Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht mit folgenden Hauptbegründungen: Erstens ergäbe dies beim System «Bezirke pur» eine Sperrklausel in sechs von elf Bezirken von fast 10 bis 14,25 Prozent und zweitens würde das Prinzip, dass jede Stimme gleich viel zählen muss, krass missachtet, weil dabei im Bezirk Baden nur gerade 2,33 Prozent für einen Sitz, im klein-

sten Bezirk Laufenburg aber sage und schreibe 14,25 Prozent nötig wären. Von unserem Bundesgericht kam dann der «Hammer». Das System «Bezirke pur» wurde zwar als klar verfassungswidrig erklärt, aber, da keine Zeit für die Ausarbeitung eines andern Wahlsystems mehr übrig sei, dürfe man dieses Mal dieses verfassungswidrige System anwenden, aber für 2009 müsse dann ein anderes Wahlgesetz ausgearbeitet werden. In keiner Bananen-republik wäre so etwas möglich, dass das oberste Gericht ein Wahlsystem zwar als verfassungswidrig deklariert, es aber trotzdem erlaubt. Das Wort «Volksgerichtshof» statt Bundesgericht wäre hier wirklich am Platz.

Festzustellen wäre noch, dass die SD nach dem System «Doppelter Puckelsheim» zwei bis eventuell drei Sitze erreicht hätten, allerdings nur nach dem fairen «System Zürich» (mit der Sperrklausel von nur einem Bezirk mit mindestens 5%). Ein kleines Trostpflaster bleibt. Die FDP, welche dem Aargau und vor allem den kleinen Parteien mit ihrer Verkleinerungs-Initiative den ganzen Schlamassel eingebracht hat, erlitt die grössten Verluste; von Rang 2 fiel sie auf Rang 4 zurück, sogar noch hinter die CVP, welche vorher mit Abstand die kleinste der vier grossen Parteien war. EVP und Grüne zählten hingegen zu den grossen Gewinnern. Hierzu sei noch folgendes erwähnt: In den

Kommentaren war allgemein zu lesen, diese kleinen Parteien hätten den Ernst der Stunde erkannt und die letzten Reserven mobilisiert. Leider war das bei den Schweizer Demokraten nicht der Fall. Vor allem der Glücksfall, dass gleichzeitig unser Referendum gegen die Personen-Osterweiterung lief und uns einen grossen Werbeerfolg ermöglicht hätte, wurde in weiten Teilen der SD nicht beim Schopf gepackt. Viel zu viele unserer Leute denken, «einmal alle vier Jahre kandidieren, ist Leistung genug». Hier ist es vielleicht von Vorteil, dass wir jetzt vier Jahre Zeit für einen Neuaufbau haben. Nutzen wir diese Gelegenheit!

Dr. D. Najman, Baden



Kanton Basel-Stadt

Lassen sich Gesetze beliebig biegen?

Der katholische Priester Francisco Gmür brüstete sich vor einigen Wochen in den Basler Medien, dass er einer in Basel illegal lebenden ecuadorianischen Staatsangehörigen und ihren Kindern zu einem

bewilligten Aufenthalt in der Schweiz verholfen habe.

Eine Heirat «löst» Probleme

Der katholische Priester heiratete ganz einfach im Ausland diese

Südamerikanerin und der Bischof des Bistums Basel, Kurt Koch, gab im Nachhinein – nebst «guten» Ratschlägen – auch noch seinen Segen dazu!

Fortsetzung Seite 10

Kursänderung in der Basler Bürgergemeinde... Wahlen vom 5. Juni 05

Masseneinbürgerungen lösen das Ausländerproblem nicht!

www.sd-bs.ch

Wir fordern: **Rückschaffung von unangepassten "Feriengästen" in ihre Heimat!**

Liste 9
unverändert einlegen!

SD 
Schweizer Demokraten



Markus Borner
Hörgeräteakustiker



Marcel Lacher
Servicemonteur



Markus Stoercklé
Schriftsteller



Thien Egi
Elektroingenieur FH



Ronny Schibler
Automonteur

Wir stehen zu unseren Zielen; auch noch nach den Wahlen!

Lassen sich Gesetze beliebig biegen?

Fortsetzung von Seite 9

Anfang dieses Jahres reichte der Unterzeichnende im Grossen Rat eine Interpellation ein um etwas Licht in diese dunkle Geschichte zu bringen. Die Basler Regierung äusserte sich schriftlich, kritisch zurückhaltend, keinesfalls aber zugunsten dieser Priesterehe! Der «Baslerstab» titelte hierauf in einem Beitrag «Priester-Ehe laut Regierung gültig» – was diese aber nie so gesagt hatte und ermöglichte dem nunmehr verheirateten Priester Gmür im publizierten Text gar gegen den Interpellanten einige Giftpfefe abzuschliessen. Nein, Borner durfte in der Folge in der genannten Zeitung keinen Leser-

brief als Gegendarstellung/Berichtigung veröffentlichen lassen. Wo kommt man denn hin, wenn das «Schön-Reden» gleich als Lüge bezeichnet wird. Oft ist die Wahrheit halt unbequem...

Die Berichtigung

Gewisse katholische Priester nehmen es mit der Wahrheit nicht so genau. Wie kommt Herr Gmür denn dazu, zu behaupten, dass er mir (Borner) einen Brief zugestellt hätte? Wäre dies doch der Fall gewesen, hätte ich ihm die richtige gesetzeskonforme Antwort gegeben. Tatsache ist: Ich habe von ihm bis zum heutigen Tag keinen Brief erhalten. Dies hätte den Gesetzesbruch ja auch nicht wettgemacht. Der Kirchenmann Gmür bedient sich da schon merkwürdiger Me-

thoden um seine politischen Gegner unglaubwürdig zu machen! Meines Erachtens ist und bleibt Herr Gmür ein Gesetzesbrecher, da er mit seiner Scheinheirat schweizerische Gesetze bricht. Unsere Gesetze sind übrigens auf demokratische Weise zustande gekommen und gelten selbstverständlich auch für katholische Priester! Die «Baslerstab»-Redaktion hat offensichtlich in dieser Angelegenheit mit Herrn Gmür Rücksprache genommen, damit er seine Sicht der Dinge einbringen konnte. Borner genoss dieses Recht/Privileg nicht! Laut Interpellationsantwort der Regierung ist diese unrühmliche Sache aus rechtlicher Sicht nicht erledigt, obschon der Baslerstab mit seinem Beitrag diese Meinung entstehen liess. In der Interpellationsantwort heisst es u.a.:

«Im vorliegenden Fall war es der schweizerische Ehegatte (Francisco Gmür!) selbst, der gegenüber den Medien unumwunden aussagte, die Ehe mit seiner ausländischen Partnerin einzig zur Umgehung der geltenden ausländerrechtlichen Bestimmungen eingegangen zu sein. Auf Grund dieser Aussagen wurden von den Diensten die oben beschriebenen Abklärungen in die Wege geleitet. Um diesen nicht vorzugreifen oder sie zu behindern, und da die Betroffenen das weitere Vorgehen persönlich und nicht aus den Medien erfahren sollen, können zum konkreten Stand des Verfahrens keine Angaben gemacht werden. Das Dossier ist gegenwärtig in Bearbeitung...».

Markus Borner, alt Grossrat

Schweine-Journalismus gegen die SD



Eric Weber,
e. Grossrat,
Basel-Stadt

Wie bereits schon oft im «Schweizer Demokrat» berichtet, wird die SD im Kanton Thurgau gemein von der Presse geschnitten. So ist es auch in Basel-Stadt.

Jüngstes Beispiel: Mit Lügen, Verdrehungen und falschen Zitaten wird gearbeitet. Selbst die Basler Staatsanwaltschaft beschwerte sich in einem Brief an die Basler Zeitung (BaZ), dass diese falsch berichtet hat – gegen die SD.

So schrieb die Staatsanwaltschaft an das linke Blatt: «In Ihrem Artikel muss ein von Ihnen verfasstes Zitat korrigiert werden. Sie zitieren uns mit den Worten «Weber hat sich der Wahlfälschung schuldig gemacht», was so in der Aussage nicht zutreffend ist. Die Staatsanwaltschaft ist im vorliegenden Fall allenfalls anklagende Behörde, niemals aber kann oder darf die Staatsanwaltschaft über Schuld oder Unschuld entscheiden.»

Nur über Umwege, durch einen mutigen Anwalt, ist das Schreiben der Staatsanwaltschaft endlich in die Hände der Schweizer Demokraten gekommen. Selbstverständlich wurde nochmals darauf hingewiesen, dass man, wie auch die

Staatsanwaltschaft, eine Richtigstellung des falschen Hetz-Artikels möchte. Aber nichts geschah. Der Schreibende dieser Zeilen hat sich dann selbst bei Chefredaktor Ivo Bachmann beschwert. Dieser teilte dann lapidar und hundsgeheim mit, dass der Fall «nun schon zu lange zurückliege» und dass die Zeitung keine Richtigstellung bringt.

Eine solche Art von Journalismus muss als regelrechte «Schweine-Journalismus» bezeichnet werden. Denn diese linksradikalen Schreiberlinge sind ihres angeblichen Berufsstatus unwürdig. Sie gehören verurteilt und weggesperrt. Ex-Grossrat Eric Weber zählt aber weiterhin auf Gerechtigkeit und er weiss, wovon er spricht. Er war bei «Bild», der grössten Zeitung von Europa, angestellt. Er ist ein Vollblut-Journalist. Weil er politisch scheinbar zu rechts steht, hat er bei der Sächsischen Zeitung in Dresden keinen neuen (versprochenen!) Vertrag erhalten. Er klagte vor Gericht. Die Chefredakteurin ist nicht erschienen und bekam ein Strafgeld aufgebremmt. Ein paar Tage später war sie tot, mit noch keinen 58 Jahren. Sie hat das Wort nicht gehalten.

Anderes Beispiel: Eine «Baslerstab»-Journalistin zog über Eric Weber her, weil dieser einen Verleumdungsprozess gegen einen linken Journalisten gewonnen hatte. Sie tobte in ihrem Bericht nur so über Eric Weber, und ihr Artikel

triefte vor Geifer. Mit nur 49 Jahren sollte es ihr letzter Artikel sein! Diese besagte Basler Journalistin starb im Bett. Nun hofft Eric Weber, einstmals jüngster Kantonsrat der ganzen Schweiz, auf ein drittes Wunder.

Eric Weber: «Aller guten Dinge sind doch immer drei! Ich gebe meinen Kampf für eine Schweiz den Schweizern nicht auf. Da ich selbst seit 20 Jahren hauptberuflich als Journalist tätig bin, weiss

ich ganz genau, was sich gehört und nicht. Am Ende wird die Gerechtigkeit immer siegen. Auch im jetzigen Fall, wo sich nebst den Schweizer Demokraten ja auch die Basler Staatsanwaltschaft beschwert. Dieser Journalist muss bald an die Gerechtigkeit glauben.»



Sektion Wil und Umgebung

Marcel Haag neuer Präsident

An der Hauptversammlung der Sektion Wil und Umgebung fragt man sich, ob der Bundesrat mit seinen Zugeständnissen an die EU nicht zu weit gegangen ist? Stürzt er sich nicht ins kalte Wasser und somit in den politischen Selbstmord?

Der abtretende Präsident Hans Wohlwend erklärt in seinem Plädoyer: Die Schweiz stand mit ihrer Neutralität immer etwas abseits und konnte dadurch im letzten Jahrhundert die grossen Krisen auf dieser Welt ohne Blutvergiessen überstehen.

Das heutige System wird in Frage gestellt

Aus handelspolitischen Gründen müssen wir die Grenzen nicht ganz öffnen, so erklärte Hans Wohlwend, denn die EU profitiere von der Schweiz ebenso viel, wie wir von der EU. Oder es sei denn,

wir wollen mit der Personenfreizügigkeit und mit Billiglöhnen unseren Lebensstandard möglichst rasch auf EU-Niveau nivellieren. Wohlwend ist auch der Meinung, die Schweiz sollte das Abenteuer mit den Bilateralen II nicht eingehen, denn das gegenwärtige System der heutigen EU würde mit Sicherheit nicht überleben.

Neuer Präsident

Die statutarischen Geschäfte wurden diskussionslos gutgeheissen, dagegen gab es bei den Wahlen im Vorstand Änderungen. Hans Wohlwend war nach 18 Jahren aus Altersgründen zurückgetreten. Als sein Nachfolger wurde Gemeinderat Marcel Haag gewählt. Dagegen blieb der Sitz des Vizepräsidenten vakant. Der übrige Vorstand blieb unverändert: Hans Klarer, Aktuar, Dora Wohlwend, Kassierin, und Heidi Egli, Karteiführerin. (hw)

Anzeige

Was heisst TENS-Technik?

Ein Überblick über eine wirkungsvolle Therapiemethode mit dem POWER-QuickZap® und der POWER-TUBE® bei Schmerzen, Blockaden und Energiemangel von Martin Frischknecht, El. Ing. HTL

TENS-Technik heisst:

Transkutane Elektrische Nervenstimulation (über die Haut einwirkende Nervenstimulation).

Medizinische Apparate unterliegen in der Schweiz der Kontrolle durch die Swissmedic in Bern. Bei der genannten TENS-Technik handelt es sich um einen Frequenzgenerator, welcher stimulierende Wirkung auf den menschlichen -, aber auch tierischen Organismus hat. Die Behörden schreiben entsprechend dem Heilmittelgesetz exakt vor, was eine Anleitung eines Gerätes enthalten darf und was nicht. Auf keinen Fall dürfen Heilversprechungen gemacht werden. Somit ist hier auch untersagt, alle positiven Eigenschaften dieser Frequenztechnik zu erläutern. Die klinische Anwendung beschränkt sich nach Gesetz auf: Schmerzbehandlung, Lösen von Blockaden und Behandlung bei Energiemangel. Alle andern überraschenden positiven Eigenschaften überlassen wir zur Beurteilung der Kundschaft.

Der POWER QuickZap und die POWER-TUBE QuickZap sind medizinische elektrische TENS-Geräte. Sie unterliegen der «Allgemeinen Festlegung für Sicherheit» nach IEC 601-1:1993 / A1 und der «Elektromedizinischen Verträglichkeit» nach IEC 601-1-2:2001.

Nachdem die Swissmedic in Bern im Sommer 2004 für den Hersteller ein europaweites Verkaufsverbot ausgesprochen hatte, haben POWER QuickZap und POWER-TUBE QuickZap vom TÜV Rheinland in Köln soeben die lange erwartete kostenaufwendige Zertifizierung erhalten und die Geräte sind für den Verkauf freigegeben.

Die Geräte werden in der Schweiz fabriziert, obwohl Kosteneinsparungen bei einer Herstellung im asiatischen Raum möglich wären.

Ein POWER QuickZap und die POWER-TUBE haben nichts mit einem «Zapper» nach Dr. Clark zu tun, über den die Medien kürzlich den Artikel «Geschäft mit der Verzweiflung» veröffentlicht haben.

Wirkungsweise:

Durch elektrische Schwingungen werden Moleküle in Bewegung versetzt. Diese richten sich aus und ermöglichen dabei einen besseren Energiefluss durch den Körper eines Anwenders. Dies bewirkt unmittelbar eine spürbare Erhöhung der Körperenergie. Schmerzen entstehen durch eine unregelmässige Anordnung der Moleküle im Gewebe und dem Nervensystem. Da eine Polarisation und Ausrichtung der Körperstrukturen erreicht wird, können damit Schmerzen und Blockaden behandelt werden. Die Geräte werden zur Selbstbehandlung von Laien angewandt, oder kommen durch Fachleute in Praxen und Kliniken zum Einsatz. Es sind keine Nebenwirkungen zu erwarten. Der Organismus kann sich nicht an die Therapie gewöhnen, resp. davon abhängig werden. Zudem liegen die Preise der POWER-QuickZaps auf einem vernünftigen Preisniveau zertifizierter medizinischer Geräte - fragen Sie uns!

Anlässe, wo Sie Näheres über die Technik erfahren und diese auch kostenlos anwenden können:

Seminare 2005, 2. Quartal :

Ort: FRITON Tonstudio 3636 Forst Wann: 21. Mai und 12. Juni, Zeit: 14.00h bis 17.00h Eintritt frei!
Anmeldung erford. 033 356 25 56

Ort: Winterthur Hotel Wartmann Wann: 28. Mai, 13.00h bis 17.00h Anmeldung: Elisabeth Gutekunst, Tel: 052 223 24 92

Ort: Kirchdorf / AG Rest. Hirschen Wann: 4. Juni, 10.30 bis 16.30h Anmeldung: Ursula und Helen Gränicher, Tel: 056 210 31 76

Beratungsabende:

Ort: FRITON Tonstudio 3636 Forst Wann: 25. Mai + 29. Juni ab 19.30h Keine Anmeldung / Eintritt frei Weitere Anlässe siehe Internet: www.igg.ch www.quickzap.org www.quickzap.de

Eine revolutionäre TENS-Therapietechnik aus der Region Thun für die Welt

bei:

- † Schmerzen,
- † Blockaden und
- † Energiemangel.

POWER QuickZap® und POWER TUBE QuickZap®

Seit 7 Jahren weltweit im Einsatz in Kliniken, Arztpraxen, in der Naturheilkunde, aber auch im Einsatz bei Privatanwendern. Handhabung sehr einfach, Anwendung ohne Nebenwirkungen und Risiko! Mitnahme bei Auslandsreisen unkritisch, Wichtiger Bestandteil der Hausapotheke.



POWER-TUBE QuickZap



POWER-QuickZap

NEU: TÜV-Rheinland zertifiziert als Medizinalprodukt Typ B, CE0197

SWISS MADE Hergestellt in Seftigen und Forst bei Thun

Fritonex AG (DIN ISO 9001-2000) 3636 Forst Tel: 033 356 25 56, Fax: 033 356 37 77

Internet: info@fritonex.ch

Infos über Produkte & Seminare auf: www.quickzap.org www.quickzap.de www.igg.ch

Fortsetzung von Seite 7

diplomatischen Bemühungen von EU-Staaten, wird einem Angst und Bange. Was zur Zeit in Syrien/Libanon abläuft, ist auch nicht gerade beruhigend.

Lieber Herr Dr. Najman, wenn wir ältere Semester mit Angst und Skepsis die aktuelle US-Politik beurteilen, dann weil wir von unseren amerikanischen Freunden eine bessere, ehrlichere, menschenrechte Politik erwarten würden. Mit heuchlerischen Schlagworten

von Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Menschenrechten lassen wir uns nicht mehr blenden. Wir wollen Taten sehen, nicht Propaganda-Aktionen und Täuschungsmanöver. Sie sollten Ihr Urteil auch an den Taten von Freunden und Feinden messen.

Jakob Christen in W.

(Anmerkung der Redaktion: Im gleichen Sinn äussert sich auch Rudolf Lüthi aus Hörhausen in einer Zuschrift.)

Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion



weil sie sich fürchten, den unerwünschten Personen und Belastungen nicht gewachsen zu sein. Von uns verlangt man, dass wir Tür und Tor offen lassen, solange es noch etwas zu holen gibt.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, sind Landesgrenzen für die Zusammenarbeit zwischen Ländern kein Hindernis. Statt dass wir den Föderalismus und unsere direkte Demokratie missbrauchen, bringen wir vielleicht besser unser eigenes Land wieder in Ordnung. Dies könnte, wer weiss, zur Nachahmung motivieren und der Welt mehr dienen, als wenn sich unsere Armee im Ausland verirrt. Zudem, wer schützt uns vor Sammelklagen, wenn wir die Falschen unterstützen? Wer übernimmt die Verantwortung, wenn der Staat die Sicherheit nicht mehr garantieren kann oder will? Mit etwas Mut und dem Referendum gegen den Schengen-Beitritt ist noch etwas zu retten. Bestimmte Volksvertreter müssen daran erinnert werden, dass sie nicht gewählt und bezahlt sind, um das Volk zu zertreten.

Hermann Wyss, Schneisingen

«Grenzenlos!»

Wenn ein kleiner Knirps das Kleid vom Vater anzieht und darin stolpert, weil das Kleid viel zu gross ist, so ist dies unterhaltsam und saulustig. Wenn aber die kleine Schweiz ein Kleid anzieht, welches sogar den Amerikanern zu gross ist oder wäre, so ist dies aus meiner Sicht purer Grössenwahn. Die Schweiz könnte nicht nur stolpern, sondern könnte sich daran das Genick brechen. Wir werden nicht grösser, wenn wir die Grenzen weglassen, um grösser zu scheinen. Die Amerikaner verlangen von den Einreisenden Angaben über persönliche Eigenschaften,

Ost-Personenfreizügigkeit – Wir liessen uns nicht kaufen

Das Ansinnen, die schweizerischen Volksrechte durch einen Kuhhandel abzuwürgen, lässt aufhorchen. Sind in unserem Land vermehrt Kräfte am Werk, die auch vor korrupten Machenschaften nicht Halt machen, um ihre eigenen Interessen zu wahren? Dass sich diese kleine Partei von solchen Versuchen nicht leiten liess, zeugt von patriotischer Stärke! Gerade dieser Standhaftigkeit der Schweizer Demokraten ist es zu verdanken, dass dem Schweizer Volk

letztendlich Gelegenheit geboten wird, sich zu diesem wichtigen und schicksalhaften Thema, «Ost-Personenfreizügigkeit» an der Urne zu äussern! Dem bundesrätlichen Begehren, die Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Ost-Staaten auszudehnen, ist mit «Stauffacher-mut» entgegenzutreten; die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens daher entschieden abzulehnen!

Bernadette Reichmuth,
Oberarth

Schweiz kauft in Israel wieder Rüstungsgüter

Wie Bundesrat Samuel Schmid an der Eröffnungsfeier des neuen Holocaust-Mahnmals in Jerusalem bekannt gab, wird die Schweiz in Zukunft wieder israelische Rüstungsgüter kaufen. Dies, nachdem die Schweizer Regierung im Jahr 2002 die Rüstungszusammenarbeit mit Israel stoppte.

Ist denn der Bundesrat von allen guten Geistern verlassen? Was hat sich geändert seit 2002? Nichts! Israel ist immer noch eine Besatzungsmacht, kümmert sich keinen

Deut um die Menschenrechte und baut weiter an Grenzmauern auf fremdem Staatsgebiet. Es werden weiter Siedlungen gebaut und nur für die Medien sollen ein paar wenige geräumt werden.

Ausserdem: Haben Sie schon einmal von einem Mahnmahl für die Palästinenser gehört, damit die Schandtaten der Israeli nie, nie vergessen werden?

Daniel Bircher, Vize-Präsident
SD-Sektion Fricktal, Rheinsulz

Galmiz

Als Teilnehmer an der Kundgebung vom vergangenen Sonntag, 3. April im Grossen Moos kann ich nur sagen: Hände weg von der Überbauung dieser Landschaft! Auch wenn dort die letzten Reserven für die Ansiedlung von Industrie lägen und die «Chance des Jahrhunderts» winken würde, ein

solcher Agrarboden darf nicht zerstört werden.

Und ausserdem: Franz Weber hat sein jüngstes Bulletin, in welchem er dieses Thema behandelt, mit dem zutreffenden Titel versehen: «Griff nach der Schweiz».

Fred Rüfenacht, Aarau

Schengen verlagert die LKW-Transitstaus ins Zentrum der Schweiz

Der LKW-Transit ist in der EU nach wie vor zunehmend. Mit Schengen werden die Grenzübergänge zu normalen Strassen, die Staus an der Grenze fallen weg. Das heisst, freie Fahrt für den LKW-Transitverkehr durch die Schweiz! Der LKW-Transit wird durch diese Zeitersparnis schlagartig billiger werden, auch gegenüber Frankreich, Österreich und nicht zu vergessen den SBB (Verlagerungspolitik: siehe Brenner?)!

Der Stau verschiebt sich an die kritischen Verkehrsknotenpunkte innerhalb der Schweiz, Egerkingen, Belchen, Bözberg, Baregg, Gubrist, Grauholz, Luzern, Gotthard und

überfordert diese noch mehr. Der inländische Binnenverkehr, PW und LKW, wird dadurch massiv behindert und die Transport- und Wegkosten der KMU werden in die Höhe getrieben (z.B. Lieferdienste, Vertreter, Servicemitarbeiter, Pendler usw.)! Der stockende Kolonnenverkehr wird die Kosten für Strassen- und Brückenbau sowie das Abgas- und Partikelvolumen in die Höhe treiben (Kyoto?)!

Erstaunlich, dass diese Faktoren von unseren Schengen-Befürwortern aus dem Bundeshaus und den sogenannten Wirtschaftskreisen gar nie erwähnt werden!

Peter Itin, Frenkendorf

Ein alter SWISSAIR'ler meint...

Weit haben wir es gebracht mit den Schnurris der HSGs, wie Furgler, Jäger und Kompanie... Zwei (ausländische) Direktoren der SWISS haben den Kaufvertrag mit der Lufthansa unterzeichnet. Hat die Lufthansa bisher nicht alles getan, um unsere Fluggesellschaft zu schwächen, und Deutschland alles, um den Flughafen Klotten zu behindern? Und bitte, wo bleiben unsere (korrupten) Politiker, unsere Wirtschaftsfachleute mit der offiziell geäusserten These:

«Der Flughafen Zürich und direkte internationale Verbindungen sind für unser Land von strategischer Bedeutung!» Die Lufthansa ist doch nur an unserem Markt interessiert und sicher nicht an unserem wirtschaftlichen Wohlergehen. Zürich wird zum Provinzflughafen absteigen, alles andere ist Augenwischerei. Der Name Swissair darf aber in keinem Falle an Deutschland übergehen!

Willy Schmidhauser, Dettighofen



Schengen fabrique le Camp des Saints



Mary Meissner,
Vernier

C'est l'écrivain Raspæil qui écrit, il y a trente ans environ, le fameux best seller intitulé le *Camp des Saints*. Ce nouveau Jules Vernes avait vu dans le futur, les Occidentaux reculer dans des camps retranchés pour se protéger des énormes vagues d'invasisseurs migrants qui, ayant débarqués de bateaux pourris et rouillés sur toute la côte européenne de la Méditerranée, avançaient comme une nuée de sauterelles détruisant presque tout sur leur passage et s'installant sans vergogne à la place des autochtones chassés de chez eux.

La semaine passée, six autocars bourrés de Roumains sans le sous se proclamant touristes, furent interdits d'entrée en Espagne et renvoyés chez eux et vers les pays d'où ils étaient partis, la France, l'Allemagne et l'Italie. Les visas ayant été supprimés dans l'espace de l'UE, sous les auspices des accords de Schengen, doublés de ceux de Dublin, cette noria d'autobus dégingés ressemble fort aux prémisses prédits par Raspæil dans son livre le *Camp des Saints*. Ces transports sont l'avant-garde de ce qui

attend l'Europe occidentale déjà gangrenée par les sans papiers, les clandestins et les demandeurs d'asile déboutés qui disparaissent dans la nature. L'Espagne, si elle refuse l'entrée à des «touristes» roumains, doit le faire puisqu'elle vient de régulariser 200'000 Marocains sans papiers. Ce pays a-t-il la nostalgie des Maures? Plus 800'000 à venir.

La cohorte des chômeurs, des SDF, des miséreux qui couchent sous les ponts et dans les allées de nos immeubles, qui émargent aux soupes populaires et dealent pour manger, qui s'incrument sur des aires de stationnement sans commodités sanitaires, va grossissant.

Incapables et dans l'impossibilité de se prémunir et même de se défendre contre ces infiltrations silencieuses, les autorités européennes socialisées et marxisées par un mondialisme apatride sans scrupule, s'époumonnent dans de vains efforts de dislectique creuse et râclent leurs fonds de tiroirs caisses pour neutraliser le brigandage, paupérisant dans le même temps, les travailleurs-citoyens du pays. Les églises s'en mêlent sans discernement et les musulmans profitent de ce chaos naissant pour établir solidement des têtes de ponts d'un djihad programmé. Leurs imams ne proclament-ils pas dans leurs mosquées qu'ils seront les maîtres de l'Europe dans un proche avenir? Et qui les renvoient chez eux? Déjà maintenant, beaucoup de citoyens se barricadent dans leurs maisons,



posent des alarmes, des portes blindées, des caméras et achètent des chiens, les grands magasins engagent des polices privées et des surveillants anonymes, alors que les gouvernements suppriment les douaniers, donc les contrôles systématiques, et comptent sur la chance pour que les patrouilles volantes attrapent de temps en temps les contrebandiers et autres personnages douteux. Les comptes bancaires ne sont pas bloqués même en cas de doutes certains, et les grosses fortunes privées, incontrôlables, se multiplient engrangeant un pactole ruinant les États déjà affaiblis par les lobbies mondialistes.

Aux USA, il existe déjà des compounds privés entourés de protections diverses où l'on n'entre qu'en montrant patte blanche. Ce sont de véritables camps retranchés et protégés par des surveillants armés avec chiens policiers.

Dans quel contexte la Suisse veut-elle se placer? Dans un territoire neutre et libre de contrôler qui elle veut, quand, où et comment? Ou veut-elle à tout prix s'ouvrir au Camp des Saints de l'Union européenne laxiste, marxiste et partielle, en déficit abyssal et aux mains de mafieux interlopes?

Il n'est pas encore trop tard chers concitoyens, pour aller voter NON aux accords de Schengen-Dublin.

Le Pileri

Ne pas se tromper de cible

Un nouvel attentat terroriste s'est manifesté à Genève, contre la synagogue et naturellement les esprits bien-pensants mettent la faute sur l'extrême droite, les crânes rasés ou les soi-disants antisémites. Peut-être madame Calmy-Rey s'empressera-t-elle, en tant que Genevoise, d'aller prier devant le Mur des lamentations à Jérusalem. Si je parle de terrorisme, c'est à dessein, car ces démonstrations

provocatrices sont pareilles aux bombes humaines. Elles font autant de dégâts dans les esprits que les éclats de clous dans les chairs. La police qui a reçu une plainte pénale de la part des associations juives de Genève, devrait prendre en compte cette possibilité d'attaques systématiques des musulmans extrémistes qui se cachent chez nous. Des graffitis et insultes peints sur des murs sont provocateurs au même titre que l'intifada ou les bombes humaines.

C'est pourquoi, il ne faut pas accuser tout le peuple suisse qui a le tort de protéger dans ses banques ou ses églises, des éléments douteux dont très peu ont été découverts jusqu'à présent. Et ce n'est pas Schengen qui changera les choses.

Les excréments humains vont être pesés

Ce n'est pas un poisson d'avril. Les caisses maladie où des cerveaux malades sont en charge des remboursements de médicaments et autres produits pharmaceutiques, ont concocté une nouvelle mé-

thode pour diminuer les frais remboursables y relatifs. Figurez-vous que les infirmières des EMS devront peser désormais le pipi et le caca contenus dans les couches culottes de leurs patients âgés. Ils ont constaté que ces couches doivent être en principe changées toutes les quatre heures et que de ce fait il y a un grand gaspillage si le rechange n'est pas nécessaire. De plus pour les grandes «commissions» (et aussi les petites), la facture devrait être proportionnelle au poids qui apparaîtra en pesant la couche propre avant et après son emploi. Il s'agit vraiment de caisses MALAD(I)ES du cerveau.

Aide au Sri Lanka

Dans la presse quotidienne, on parle ces jours de l'aide humanitaire helvétique octroyée au Sri Lanka après le tsunami dévastateur de décembre 2004 et des bisbilles que cette aide provoque au sein des familles d'accueil vexées. D'autres réclamations s'ajoutent à celle-ci, au Nord de l'île ravagée par l'occupation tamoule qui a détruit le mode de vie des autochtones mal aidés. Cela veut-il dire que la manne humanitaire suisse double les millions encaissés spécialement pour les dégâts causés par le tsunami? Dois-je comprendre que mes dons réclamés par la télévision sont insuffisants et qu'une partie de mes

impôts va au Sri Lanka au lieu d'aider nos chômeurs et working poors en Suisse?

Rappelons qu'il y a eu quelques critiques concernant un trop plein de dons mal distribués pour aider les victimes de cette catastrophe. Alors y a-t-il moyen de renseigner les donateurs du monde entier sur le partage et la destination de ces fonds? Où repose cet argent? Les intérêts seront-ils ajoutés au total ou iront-ils sur des comptes à numéros? Il y a lieu de se demander si les millions encaissés lors de ces catastrophes naturelles vont bien aux destinataires (les vraies victimes), vu l'affaire de Mörel en

Valais qui fait l'objet, ces jours-ci, par la Chaîne du Bonheur, de contrôles tardifs sur le bien-fondé des dépenses!

Sommes-nous victimes d'arnaques officiellement organisées par de grands shows médiatiques qui aident efficacement à vider nos poches de nos petites économies en faisant appel à notre générosité et à notre compassion? Peut-on croire alors à la bonne distribution des fonds récoltés au Téléthon et autres grandes gesticulations en faveur du Sida ou autres maladies incurables? Depuis le temps que ça dure, il n'y a pas de grandes avancées médicales concrètes, car la vivisection continue de plus belle et les comédies humanitaires aussi. J'ai eu l'occasion de lire les comptes de la Croix Rouge. Sur un franc,

seulement 10 cts restent pour les vrais destinataires, le solde servant à payer les frais d'administration (salaires, voyages, invitations, propagande).

Qui peut répondre à mes questions sur ces dysfonctionnements? Il y a plusieurs années j'ai posé les mêmes questions à la Chaîne du Bonheur, et le directeur m'a répondu par des menaces de plainte pour diffamation. N'a-t-on plus la possibilité d'avoir un droit de regard sur pareils problèmes citoyens?

Charlotte Morel

Le Piloni

La Scolarité en question

A la radio suisse romande, durant le forum de ce 14.4.05, j'ai entendu un professeur venu de France, prétendre que l'instituteur dans le système pédagogique actuel est juge et partie parce qu'il enseigne d'une part et évalue ensuite les travaux que lui remettent les élèves. Cela m'autorise à penser qu'il faudrait alors deux professeurs par classe, l'un expliquant la matière, et l'autre corrigeant les feuilles de rédaction ou de calcul pour ne citer que ces deux branches afin qu'il n'y ait pas collusion? Avant toutes ces contorsions qui bousculent l'instruction publique aujourd'hui (ceci pour ne pas dire *de mon temps*), les maîtres d'école ne s'encombraient pas de telles cogitations et évaluaient les travaux selon des critères simples établis depuis longtemps. Ils se basaient sur la présentation, le nombre de fautes et les erreurs de style ou de calcul, sans se préoccuper de l'état d'âme des élèves. Et cela marchait mieux que maintenant au vu des tristes résultats de PISA. Les carnets de classe étaient clairs pour tous dans n'importe quelle langue et je me souviens que ce qui me faisait travailler avec acharnement, c'était un esprit de compétition pour faire mieux que les autres et surtout dépasser les garçons, comme dans le sport. Vouloir à tout prix évaluer d'abord les compétences par rapport aux possibilités intellectuelles de ces pauvres petits qui crachent sur leurs profs, c'est de la démence. Je connais une institutrice dans le post obligatoire qui procède de cette façon «archaïque» qui s'est fait taper sur les doigts par ses supé-

rieurs parce qu'elle avait mis de trop mauvaises notes à une bande de cancre qui l'insultent de surcroît dans la rue.

Autre dysfonctionnements

Au cours de ce même forum, j'ai également entendu un échange de vue entre un libéral et un UDC, ce dernier ayant proposé d'instituer les impôts à la source. On parle de cette façon de procéder depuis pas mal de temps, ce qui éviterait les monstres déficits dûs au mauvais payeurs, mais le libéral (Ruey pour ne pas le nommer) n'a pas été d'accord sous le prétexte que cela donnerait trop de travail aux patrons qui devraient ajouter une ligne supplémentaire aux feuilles de paie, donc l'embauche d'une employée supplémentaire.

N'oublions pas l'AI

Je me demande à quoi servent nos super ordinateurs? Dans le même ordre d'idée, ne vaudrait-il pas mieux que les médecins et hôpitaux envoient directement leurs factures aux assurances-maladie au lieu de demander aux assurés de les payer eux-mêmes avec remboursement futur. Il ne faut donc pas s'étonner de voir certaines caisses en déficit parce que des assurés encaissent les sommes versées par leurs assurances, mais ne les transmettent pas aux médecins. Là aussi il y a bien quelque chose à dire et surtout à faire.

D'autre part, il est parfaitement incompréhensible que les responsables de l'AI qui ont le devoir de bien gérer cette caisse, soient incapables de vérifier les documents et les dires des demandeurs d'aide

financière. Il y a des cas flagrants de réfugiés qui savent jouer la comédie, d'asiliants qui traversent les frontières avec de faux documents, de malades obtenant des certificats de complaisance, (en 1957 déjà, j'avais pu me faire opérer trois fois inutilement, afin de faire venir mon mari de Pologne où il était retenu – il n'y avait pas encore l'AVS et l'AI à cette époque – ces docteurs n'ayant rien vu), ceci pour prouver la facilité avec laquelle certains médecins peuvent être bernés. En contrôlant mieux l'exactitude des documents présentés, il n'y aurait pas des milliards de déficit.

Schengen = Prisons surpeuplées

Quelques pays comme la Norvège et l'Autriche par exemple, constatent que Schengen n'est pas la panacée, et même est la cause d'une augmentation de la criminalité interlope. En Norvège celle-ci a passé de 7 et 10% avant Schengen, à 33% aujourd'hui... La police suppose que cette délinquance est liée à l'abolition des frontières. Le gouvernement a dû augmenter le nombre d'agents, et les prisons débordent. Voilà une question passée sous silence. Plus il y a de criminels entrant dans un pays, plus les prisons deviennent étroites. Non seulement il faut augmenter le nombre des gendarmes et douaniers volants, mais il faut construire de plus grandes prisons entretenant des délinquants étrangers avec l'impôt des citoyens. Ne nous étonnons pas des budgets déficitaires...

Genève bientôt en faillite

Les dernières votations qui ont vu un grand NON cernant une rallonge pour payer plus de 2 millions

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

au stade de Genève, prouvent qu'il y a lieu de mieux gérer les finances de l'Etat. On parle déjà des coupes à effectuer dans les dépenses, vu que l'encaissement des impôts n'augmente pas. Et c'est le casse-tête et l'empoignade des différents départements qui veulent chacun garder leurs prébendes. Quel est le député qui aura assez de poids pour s'attaquer aux subventions? Tous ces millions qui aident les sociétés d'homosexuels, de musique, de danse, d'arts bruts, de gymnastique, d'égalité, les SOS racisme, MRAP et autres missions humanitaires dont on n'a jamais les comptes rendus, la construction de musées inutiles en temps de vaches maigres et des remonte-pentes sous utilisés ou des canons à neige, l'agrandissement de parkings, etc. n'auraient-ils pas d'autres fonctions plus utiles? Par exemple boucher les trous du déficit populaire?

Neuchâtel bascule à gauche

Pas étonnant! Depuis que les étrangers ont le droit de vote dans ce canton, ceux-ci étant pour la plupart des ouvriers, il était prévisible que la tendance s'incline vers la gauche. Si Genève qui doit voter à ce sujet capitule devant ses propres étrangers qui représentent presque le 50% de la population, le gouvernement pourra dire adieu à sa collégialité oscillant tant bien que mal entre gauche et droite ces dernières années. Ne dit-on pas malheureusement que le peuple a ce qu'il mérite. Il pourra donc décider le 29 mai en refusant le droit de vote aux étrangers (ce qu'il n'a pas fait).

La France gourmande

Hersant (France-Antilles), spécialiste de la presse écrite, vient de gagner la première manche contre Edipress en achetant Léman Bleu, la chaîne genevoise de télévision. Nous nous faisons avaler de plus en plus par les Français avec l'achat de plusieurs journaux romands qui devront suivre la tendance journalistique franchouillarde au détriment des spécificités suisses, ce qui polluera les cerveaux de nos concitoyens déjà pas mal embués par la politique vacillante de nos voisins. Il en est de même avec les grandes surfaces, Carrefour en tête, qui concurrencent nos propres grands magasins. Serions-nous en train d'entrer dans l'UE par la porte de derrière?

Tabac interdit de pub

Le projet émanant de l'Alternative de gauche et des Verts veut interdire le tabac dans les cafés ou obliger ceux-ci à prévoir un endroit fermé et bien aéré pour les fu-

meurs. La droite prétend qu'ils seront mis en quarantaine car beaucoup de fumeurs invétérés n'ont aucune considération pour les employés qui doivent respirer passivement une fumée cancérigène. Dans le cas présent, il n'y a ni gauche, ni droite, il n'y a que le bon sens commun et les coûts de la santé. Alors qu'on critique les USA pour leur politique intérieure plutôt rigide touchant à plusieurs domaines privés, celle qui interdit le tabac dans tous les lieux publics devrait être un modèle du genre. Même les fumeurs sont ravis d'aller respirer un air plus frais dans les wagons non fumeurs, les avions, les hôpitaux, les écoles et même les pubs.

Octopus

MORTALITÉ FÉMININE EN COUCHES

Tout à coup les médias s'aperçoivent qu'il y a un nouveau filon d'intérêt à exploiter et les œuvres humanitaires la possibilité d'accroître leur pécule, en exposant l'horreur d'environ 500'000 femmes qui meurent lors de l'accouchement. D'aucuns soulignent qu'il s'agit de femmes africaines à cause d'un manque d'hygiène, de la pauvreté et de la malnutrition, mais le silence est total concernant la véritable cause de ces souffrances et de la mortalité de ces femmes excisées...

Lors d'un reportage télévisé, on nous montre des chirurgiens horrifiés qui doivent procéder à des accouchements sanglants dûs aux conséquences des excisions subies dès l'enfance, doublées de coutures inhumaines de la vulve, suivies naturellement de mort programmée de la parturiente martyre.

Ces reportages passent sur l'écran en même temps que les funérailles du Pape, porté aux nues par des millions de fidèles se bousculant sur toutes les places de Rome. Hélas! cet homme auréolé de sainteté diplomatique, critiqué par les uns et admiré par les autres, n'a jamais fait la moindre allusion au fléau antiféminin imposé par les hommes pour leur unique plaisir à ces 500'000 femmes qui meurent, et à ces millions qui doivent vivre mutilées à vie, frustrées et réduites au rôle d'objets sexuels à cause de l'EXCISION.

En tant que femme, je ne puis que pleurer sur l'obscurantisme qui sévit sur une grande partie de notre planète et de l'indifférence aveugle face à ce grave problème par les instances dirigeantes, qu'elles soient laïques ou religieuses. Quand donc la Ligue des Droits de l'homme s'occupera-t-elle de ce problème aussi grave si ce n'est plus que la torture ou l'emprisonnement? *Mary Meissner*

Culture de droite, culture de gauche

Après avoir entendu les arguments des uns et des autres sur cette question, je suis d'accord avec l'explication que la culture n'a pas de couleur politique et qu'un véritable artiste n'est ni de gauche, ni de droite au vrai sens du terme. Mais il est certain par contre que ses propres émotions le portent à s'exprimer dans la droite ligne des idées qui hantent son cerveau et ses convictions l'emporteront vers un genre de culture qui aura les apparences du rouge ou du noir. Et selon les personnes confrontées à des genres tellement différends, cela plaira ou ne plaira pas. Ayant vécu dix ans dans les pays communistes, j'ai toujours rejeté les formes carrées, agressives et violentes exprimées dans les peintures et sculptures ornant les halles de gares ou les métros souterrains. Il se dégageait de ces reproductions de la haine, de la revanche et des prétentions prolétaires. La population étant sans cesse surveillée et menacée de représailles politiquement correctes pouvant entraîner l'incarcération, il aurait fallu pouvoir admirer de reposants et romantiques couchers de soleil sur une mer bleue, afin de calmer les angoisses au lieu d'être confrontée à la force policière et la dureté des

regards. Il en va de même pour la littérature et la poésie. Les extrémistes de gauche admirent votre écriture si elle reste neutre sur des sujets ne prêtant pas à controverse, jusqu'au moment où ils constatent que vos idées vont plutôt vers la droite. Comme le politiquement correct a contaminé les institutions occidentales renforcées par le contrôle de la pensée à travers des lois muselières sur certains sujets, les maisons d'édition refusent les œuvres qui sentent le «souffre» antisocial, raciste ou antimusulman, même si celles-ci sont bien écrites et reflètent des vérités, qui ne sont pas «bonnes à dire» selon ces bien-pensants de la pensée unique. Les associations elles-mêmes font un tri de leurs membres et refusent les impétrants ne représentant pas les tendances contemporaines roses-rouges.

Alors dire que l'art n'a pas de couleur c'est tendencieux, car l'art est le reflet intime de ses auteurs, de leurs plus secrètes pensées et de leur éducation. Heureusement qu'il est possible d'imprimer à compte d'auteur et il y a toujours des acheteurs ravis d'apprendre l'interdit.

Mary Meissner

Le Da Vinci Code

Vu l'impact de ce livre de Dan Brown qui s'est vendu à plus de 20 millions d'exemplaires et qui fait l'objet de dialogues télévisés, je me permets d'en parler à mon tour, car je l'ai lu dans sa version originale il y a deux ans environ. Je dois avouer que c'est un des seuls livres qui m'a tenue en haleine, car j'avais déjà tâté de l'ésotérisme et des légendes du Graal. On se retrouve en terrain connu avec en plus un nouveau cheminement à suivre. Après tout, le sous-titre «roman» permet toutes les inventions, extrapolations ou suppositions.

Donc je ne comprends pas pourquoi la télévision française ouvre un programme pseudo-littéraire avec cinq débats dont quatre n'ont pas lu le livre. Si, parmi eux, il y en a qui n'aiment pas ce genre de lecture, rien ne les oblige à le lire, mais qu'ils n'oublient pas les 20 millions de lecteurs qui ont acheté ce bouquin de plus de 500 pages et qui n'ont pas tous la même opinion qu'eux. Rien dans ce livre n'essaie de convaincre ou de faire

du prosélytisme. C'est un admirable divertissement et ceci d'autant plus que l'église chrétienne après avoir condamné un tel ouvrage n'a pas insisté pour l'interdire.

Après tout, il y a tellement de sectes plus farfelues les unes que les autres, de croyances plus tragiques et d'écrivains plus dangereux que Dan Brown, qu'il a bien le droit d'exercer son talent à nous divertir et je recommande la lecture de son livre plus le suivant qui s'intitule *Anges et démons* entrant dans la même catégorie des énigmes universelles. Le premier livre met en cause l'Opus Dei, le Vatican, et autres «sectes catholiques», le second les Illuminés, les francs maçons et autres groupements occultes. Très intéressant et magnifiquement présenté, ce mélange de vrai-faux historique et contemporain décoré sous forme de roman policier est un nouveau genre, semblable à celui qui traite des mystères pharaoniques ou mayas en recherche policières post mortem.

Maria de Seimners

SD zweimal Nein zu Schengen/Dublin und «Partnerschaftsgesetz»

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat an seiner heutigen Sitzung in Aarau folgende Parolen zu den eidg. Abstimmungen vom 5. Juni 2005 beschlossen:

Schengen/Dublin
einstimmig Nein
Partnerschaftsgesetz
einstimmig Nein

Dass beide Parolen einstimmig gefasst wurden, kann nicht weiter überraschen. Bei Schengen/Dublin haben die Schweizer Demokraten ja massiv beim Zustandekommen des Referendums mitgeholfen. Die Gründe sollten jedem Schweizer Bürger, der seine fünf Sinne noch beisammen hat und vor allem keinen Landesverrat begehen will, klar sein. Die SD wollen die Schweiz, im Gegensatz zu unserer sogenannten Regierung in Bern und dem Grossteil der Parlamentarier, ja nicht an die EU-Diktatur verkaufen bzw. verschenken. Dass die Einreise in die Schweiz für

sämtliche 470 Millionen EU-Bürger sowie unzählige Ausländer, die in der EU wohnen oder auch nur auf der Durchreise sind ohne Kontrolle möglich sein soll, ist schon schlimm genug. Viel schlimmer ist aber, dass sich die Schweiz mit Schengen ohne Wenn und Aber dem Recht der EU-Diktatur unterwerfen muss. Und was niemand der Schengen-Befürworter zu sagen wagt, ist der sogenannte «Europäische Haftbefehl». Mit diesem kann jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in irgendeinem Schengen angeschlossenen Land verhaftet werden, sobald aus irgendeinem EU-

Land eine Klage erhoben wird. Man wird dann ohne Prozessverfahren an dieses Land ausgeliefert und wird dort abgeurteilt. Das ist weltweit eine einmalige Schweinerei. Das sind nur die paar wichtigsten gravierenden Nachteile des Schengen-Abkommens.

Und dass Dubliner-Abkommen ist auch total daneben, denn es funktioniert nur, wenn alle EU-Länder die Erst-Asylfordernden auch wirklich registrieren. Es ist aus der EU schon jetzt bekannt, dass Länder wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal kaum Eingangskontrollen machen (aus gutem

Grund!) Diese Leute gelangen ohne Registrierung in andere EU-Länder, die diese illegalen Einwanderer dann aufnehmen müssen. Beim Partnerschaftsgesetz gibt es ebenfalls eine grosse Zahl Nachteile. Erstens wird die Ehe zwischen Mann und Frau und damit die Familie abgewertet. Zudem werden ausländische (pseudo) «Ehe»-Partner den wirklichen Ehepaaren gleichgestellt und erhalten neu eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung.

*SD-Medienmitteilung vom
23. Mai 2005, Dr. Dragan Najman,
Pressechef SD Schweiz*

Ausverkauf der Schweizer Wirtschaft

Das Debakel der Swissair und deren Nachfolgerin ist einzig und allein die Schuld deren Direktoren und Verwaltungsräte, also fast ausschliesslich von Schweizern, was einige Blätter der alemannischen Schweiz allerdings nicht hinderte,

im Vorfeld der Übernahme der Swiss durch die Lufthansa eine Stimmung, wie sie in der Nacht auf den 10. Mai 1940 herrschte, heraufzubeschwören Die «Schwaben» vor dem Einmarsch!

Als vor zwei Jahren die 40 000 Kunden der Profitline, einer Tochtergesellschaft der damaligen Rentenanstalt, und die rund 20'000 Kunden der BZ-Bank des gestrandeten Finanzakrobaten Martin Ebner unter die Fittiche der AIG-Bank, einer Filiale des Versicherungskonzerns American International Group kamen, war

das kein öffentliches Thema. Ebenso wenig nahmen die Medien und Politiker daran Anstoss, dass Ende der 90er Jahre die Bank Prokredit (früher Bankverein) und die Bank Aufina (früher Bankgesellschaft) an den amerikanischen Grosskonzern General Electric verkauft wurden. Unter dem Namen GE Money Bank kontrollieren die Amerikaner nun 60% des schweizerischen Kleinkredit- und Auto-leasinggeschäfts im Volumen von 12 Milliarden Franken. Weshalb unterblieb hier der patriotische Aufschrei?

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Ade Demokratie...

Es reisst ein, immer mehr Parteien, Verbände und sogar Gewerkschaften fassen ihre Parolen nicht mehr nach Pro- und Kontra-Referaten! Früher wurden immer beide Seiten eingeladen, damit möglichst breit informiert werden konnte – notabene die unabdingbare Basis einer gesunden Demokratie! Seit einiger Zeit wird nur noch jene Seite zu einem Referat geladen, der die Leitung gewisse Sympathien entgegenbringt. Lassen wir das nicht zu! Intervenieren Sie vor Ort, in den Gemeinden, im Kanton und gesamtschweizerisch! Natürlich ist das Grundelend damit noch nicht erwähnt: Es sind die total einseitig agierenden Medien (typisch und skandalös: «Blick»). Die Schützenzeitung plane sogar die Diskussion auf der Leserbriefseite zu unterbinden... Wahrlich, eine feine Sache! Aber bitte, das darf doch nicht sein...

Willy Schmidhauser,
Dettighofen

Bestellitalon:

SD-Grossauflage gegen Schengen



Ich bestelle:

- _____ Schweizer Demokrat Sonderauflage gegen Schengen
- _____ Aufkleber Schengen Nein (195 x 150 mm)*
- _____ Kleinplakate A2 (42 x 59,4 cm)*
- _____ Weltformatplakat F4 (89,5 x 128 cm)*

* des Schweiz. Aktionskomitees gegen den Schengen-/EU-Beitritt

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Talon zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116,
3001 Bern, Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch